

Stand: 17.01.2026 05:45:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7193

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7193 vom 25.06.2025
2. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 25.06.2025 - [Bayerischer Bauernverband Körperschaft des Öffentlichen Rechts \(DEBYLT01D2\)](#)
3. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 25.06.2025 - [Bayerischer Waldbesitzerverband e.V. \(DEBYLT0183\)](#)
4. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 25.06.2025 - [Forstwirtschaftliche Vereinigung Unterfranken e.V. \(DEBYLT044A\)](#)
5. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9068 des LA vom 27.11.2025
7. Beschluss des Plenums 19/9342 vom 10.12.2025
8. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 10.12.2025



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

A) Problem

In Bayern existieren um die 1 000 altrechtliche Waldkörperschaften, die rund 26 000 ha bayerischer Waldfläche bewirtschaften. Der Schwerpunkt liegt in Unterfranken. Einige altrechtliche Waldkörperschaften sind nicht rechtlich handlungsfähig. Die altrechtlichen Waldkörperschaften und Waldbesitzerverbände fordern daher Lösungen, damit die altrechtlichen Waldkörperschaften wieder rechtlich handlungsfähig werden.

Die Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der altrechtlichen Waldkörperschaften richten sich ausschließlich nach „altem“ Landesrecht aus der Zeit vor 1900. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und dessen eigentums- und verbandsrechtliche Regelungen sind daher nicht anwendbar. Zu diesen in Betracht kommenden landesgesetzlichen Vorschriften zählen in Bayern z. B. das preußische „Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen“ von 1881, das Bambergische/Bayreuther/Ansbacher Landrecht, das Gemeine Recht, das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten (ALR) von 1794, das Bayerische Forstgesetz von 1852 und verschiedene Forstordnungen aus dem 17. Jahrhundert. Oft ist jedoch unklar, welches Recht anzuwenden ist, da Unterlagen oder Satzungen, die hierzu Bestimmungen treffen, nicht vorhanden sind. Teils gab es hierzu von Anfang an keine schriftlichen Unterlagen, teils sind sie verloren gegangen und unauffindbar. Zwar hätten die altrechtlichen Waldkörperschaften grundsätzlich weitgehende Möglichkeiten, sich durch Erlass einer neuen Satzung an das heutige Recht angepasste Bestimmungen zu geben. Oftmals sind sie aber aus verschiedenen Gründen hierzu nicht in der Lage.

Drängendste Herausforderungen einzelner altrechtlicher Waldkörperschaften sind dabei unklare Mitgliederbestände und fehlende Regelungen zur Einberufung einer Mitgliederversammlung sowie zur rechtssicheren Beschlussfassung. Diesbezügliche Defizite führen zur Handlungsunfähigkeit der betroffenen altrechtlichen Waldkörperschaften, aus der sie sich nach der derzeit geltenden Rechtslage nicht selbst befreien können.

Die Handlungsunfähigkeit von altrechtlichen Waldkörperschaften hindert deren Mitglieder an der Realisierung ihrer Eigentums- und Nutzungsrechte an Waldflächen.

B) Lösung

Zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der altrechtlichen Waldkörperschaften ist eine landesrechtliche Regelung erforderlich. Zur rechtsverbindlichen Klärung des Mitgliederbestands wird die Anwendung des amtsgerichtlichen Aufgebotsverfahrens ermöglicht. Ziel des Verfahrens ist der Ausschluss unbekannter bzw. nicht ermittelbarer Mitglieder. Falls das Verfahren auf Antrag der unteren Forstbehörde durchgeführt wird und keine Mitglieder ermittelbar sind, gilt die altrechtliche Waldkörperschaft als aufgelöst und der Freistaat Bayern erhält ein Aneignungsrecht an den Waldflächen.

Zur Durchführung einer Mitgliederversammlung und rechtssicheren Beschlussfassung werden angelehnt an das Vereinsrecht Regelungen getroffen, die Anwendung finden, soweit keine speziellen Regelungen ermittelbar sind.

Durch dieses Gesetz werden den altrechtlichen Waldkörperschaften die notwendigen rechtlichen Instrumente für die Wiedererlangung ihrer Handlungsfähigkeit zur Verfügung gestellt. Somit können sich altrechtliche Waldkörperschaften eine Satzung geben

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Initiatoren.

und u. a. Fragen der Ladung, der Beschlussfassung oder der Vertretung im Rechtsverkehr regeln. Zugleich wird die Autonomie der altrechtlichen Waldkörperschaften gewahrt, denn es werden nur Regelungen geschaffen, die im Einzelfall vorhandene Lücken schließen, welche eine altrechtliche Waldkörperschaft daran hindern, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Regelungen sind auf diesen Zweck beschränkt. Es sollen keine allgemeinen Regelungen geschaffen werden, von denen altrechtliche Waldkörperschaften lediglich abweichen oder die sie subsidiär anwenden können, sondern die altrechtlichen Waldkörperschaften können und sollen Fragen z. B. der Ladung, der Beschlussfassung oder der Vertretung im Rechtsverkehr selbst regeln.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Durch das Gesetz entstehen für die Verwaltung keine Kosten. Lediglich durch die Antragsberechtigung der unteren Forstbehörden kann diesen in seltenen Ausnahmefällen ein geringfügiger Aufwand entstehen, der von den Amtsträgern selbst mit dem potenziellen Nutzen des Verfahrens im Einzelfall abgewogen werden kann.

Auch für die Bürger bzw. die altrechtlichen Waldkörperschaften entsteht nur ein Aufwand, wenn sie freiwillig die durch dieses Gesetz geschaffenen Möglichkeiten nutzen möchten, um ihre Eigentumsrechte durchzusetzen.

An den Amtsgerichten ist aufgrund der neuen Möglichkeit zur Beantragung eines Aufgebotsverfahrens ein gesteigerter Aufwand für dessen Durchführung zu erwarten, abhängig von der nicht prognostizierbaren Nachfrage der betroffenen Bürger bzw. altrechtlichen Waldkörperschaften. Da nur ein Teil der bestehenden ca. 1 000 altrechtlichen Waldkörperschaften durch einen unklaren Mitgliederbestand belastet ist und die Eigeninitiative der Betroffenen für die Beantragung und Durchführung des Verfahrens maßgeblich ist, ist nur ein geringer Zusatzaufwand für die Amtsgerichte zu erwarten. Kompensiert wird der Aufwand durch Gerichtsgebühren, die den privaten Antragstellern aufzuerlegen sind.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

§ 1

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 2005 (GVBl. S. 313, BayRS 7902-1-L), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift des vierten Teils und der Überschrift des Abschnitts I wird jeweils nach der Angabe „Organisation“ die Angabe „ , altrechtliche Waldkörperschaften“ angefügt.
2. Nach Art. 29 werden die folgenden Art. 30 und 31 eingefügt:

„Art. 30

Aufgebotsverfahren

(1) ¹Ein Mitglied einer altrechtlichen Waldkörperschaft kann im Aufgebotsverfahren gemäß den §§ 433 bis 441 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) aus der altrechtlichen Waldkörperschaft und von allen mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechten ausgeschlossen werden, wenn seine Identität oder sein Aufenthaltsort unbekannt und nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar ist. ²Eine altrechtliche Waldkörperschaft ist ein Verband,

1. dessen Mitglieder als solche zur Nutzung an forstwirtschaftlichen Grundstücken berechtigt sind,
2. der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bestand und
3. für den gemäß Art. 164 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche die zu diesem Zeitpunkt geltenden landesrechtlichen Vorschriften fortgelten.

(2) ¹Antragsberechtigt ist die altrechtliche Waldkörperschaft sowie jedes Mitglied. ²Antragsberechtigt ist auch die untere Forstbehörde, wenn kein Mitglied der altrechtlichen Waldkörperschaft bekannt ist oder die Durchführung des Aufgebotsverfahrens im öffentlichen Interesse zwingend erforderlich ist. ³Die zur Begründung des Antrags erforderlichen Tatsachen sind glaubhaft zu machen. ⁴Der Antrag ist bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk die altrechtliche Waldkörperschaft ihren Sitz hat, oder, sofern ein Sitz nicht ermittelbar ist, bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Grundstücke nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 überwiegend liegen.

(3) ¹Mit der Rechtskraft des Ausschlussbeschlusses verliert das Mitglied jegliche Berechtigung an der altrechtlichen Waldkörperschaft und sein Nutzungsrecht an den forstwirtschaftlichen Grundstücken wächst den übrigen Mitgliedern zu. ²Richtet sich der Ausschlussbeschluss gegen das letzte verbliebene Mitglied, gilt die altrechtliche Waldkörperschaft mit seiner Rechtskraft als aufgelöst. ³Die Nutzungsrechte an den forstwirtschaftlichen Grundstücken erlöschen, soweit nichts anderes bestimmt ist. ⁴Mit der Auflösung der altrechtlichen Waldkörperschaft fällt deren Vermögen an den Freistaat Bayern. ⁵§ 46 BGB ist entsprechend anzuwenden.

Art. 31

Errichtung einer Satzung durch eine altrechtliche
Waldkörperschaft

(1) ¹Bestehen für eine altrechtliche Waldkörperschaft keine Regelungen über die Einberufung zur Mitgliederversammlung oder lässt sich der Inhalt solcher Regelungen trotz zumutbarer Anstrengungen nicht feststellen, so kann jedes Mitglied zu einer Mitgliederversammlung laden mit dem Zweck der Errichtung oder Änderung einer Satzung, die mindestens

1. die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliederversammlung zu berufen ist,
2. die Einberufung und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung und die Vertretung von Mitgliedern sowie
3. die Vertretung der altrechtlichen Waldkörperschaft

regeln soll. ²Für die Versammlung nach Satz 1 gilt § 32 Abs. 1, 2 Satz 1 und 3 sowie Abs. 3 BGB entsprechend. ³Jedes Mitglied ist durch unmittelbare Benachrichtigung in Textform und mit einer Ladungsfrist von acht Wochen zu laden, soweit seine Identität und Kontaktdaten mit zumutbarem Aufwand ermittelbar sind. ⁴Ergänzend ist durch eine im Staatsanzeiger mit gleicher Frist vor dem Versammlungstermin zu veröffentliche Anzeige zu laden. ⁵Mit der fristgerechten Veröffentlichung der Anzeige gilt die Ladung gegenüber den nicht ermittelbaren Mitgliedern als bewirkt. ⁶In den Ladungen nach den Sätzen 3 und 4 ist auf die Regelung in Abs. 2 Satz 3 hinzuweisen.

(2) ¹Soweit keine Regelungen über die Beschlussfassung bestehen oder sich der Inhalt solcher Regelungen trotz zumutbarer Anstrengungen nicht feststellen lässt, richtet sich die Beschlussfassung nach den Sätzen 2 bis 7. ²Die Mitgliederversammlung nach Abs. 1 ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der Mitglieder teilnimmt. ³Wird das Quorum nicht erreicht, findet nach frühestens vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung statt, die unabhängig von der Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist und zu der mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu laden ist. ⁴Eine zusätzliche Ladung nach Abs. 1 Satz 4 ist dabei nicht erforderlich, sofern in der Ladung nach Abs. 1 bereits auf den Termin der weiteren Mitgliederversammlung und auf den Verzicht auf eine erneute Ladung nach Abs. 1 Satz 4 hingewiesen wurde. ⁵Zu einem Beschluss, der eine Errichtung oder eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. ⁶Bei der Abstimmung zur Errichtung oder Änderung einer Satzung hat jedes Mitglied eine Stimme. ⁷Mitglieder können sich in der Mitgliederversammlung durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am ...*[einzusetzen: Datum des Inkrafttretens]* in Kraft.

Begründung:**A) Allgemeiner Teil**

Zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bestehende Waldkörperschaften werden, anders als die Waldgenossenschaften im Sinne des Art. 83 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB), regelmäßig als privatrechtliche Vereinigungen ehemaliger Forstberechtigter angesehen, denen als Gesamtheit die Waldgrundstücke zu gemeinsamem Eigentum überlassen wurden. Solche altrechtlichen Waldkörperschaften gehören zu den ähnlichen Verbänden im Sinne des Art. 164 EGBGB, für die die landesgesetzlichen Vorschriften in Kraft geblieben sind. Aus der bewussten Entscheidung des Gesetzgebers im EGBGB, dass für diese „ähnlichen Verbände“ die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften in Kraft bleiben und neue landesgesetzliche Vorschriften erlassen werden können, ergibt sich die Konse-

quenz, dass betreffend die Rechtsverhältnisse dieser „ähnlichen Verbände“ die (bundesrechtlichen) Regelungen des Zivilrechts weder unmittelbar noch analog angewendet werden können. In der Praxis zeigt sich, dass solche altrechtlichen Waldkörperschaften teilweise handlungsunfähig geworden sind. Die Gründe dafür liegen vor allem in fehlender Kenntnis über den Mitgliederbestand und fehlenden Regelungen zur Ladung zu Mitgliederversammlungen sowie zu Beschlussfassungen. Beim Mitgliederbestand ist festzustellen, dass seit dem Jahr 1900 in über 120 Jahren mit zwei Weltkriegen und Auswanderungswellen oftmals nicht bekannt und auch nicht ermittelbar ist, wer Rechtsnachfolger eines ursprünglich berechtigten Mitglieds einer Waldkörperschaft nach altem Recht ist. Gelegentlich ist auch unbekannt, ob und ggf. welche Regelungen es insbesondere zu Ladungen und Beschlussfassungen gab. Oftmals enthalten bestehende Satzungen zwar entsprechende Hinweise (z. B. zur entsprechenden Anwendbarkeit der Regelungen der §§ 37, 38 des Gemeindeedikts von 1818 oder anderer seinerzeit gültiger Regelungen). Satzungen bestehen aber nicht immer bzw. enthalten nicht immer Regelungen zu Ladung und Beschlussfassung. Dies kann dazu führen, dass die betroffenen Waldkörperschaften mangels Vorgaben zur Ladung und zur Beschlussfassung nicht in der Lage sind, rechtssicher Beschlüsse zu fassen. Ohne Kenntnis aller Mitglieder ergeben sich unüberwindbare Hindernisse für eine ordnungsgemäße Ladung und für (Mehrheits-)Beschlüsse. Die sich ergebende Handlungsunfähigkeit kann bislang auch nicht überwunden werden, da hierfür bestehende Möglichkeiten des (bundesrechtlichen) Zivilrechts nicht anwendbar sind. Auch eine analoge Anwendung scheidet aus, da es sich um keine planwidrige Regelungslücke handelt.

Um den betroffenen Waldkörperschaften ein rechtliches Instrumentarium zur Rückkehr in die Handlungsfähigkeit zu geben, bedarf es landesrechtlicher Regelungen. Mit der Einfügung von Vorschriften in das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) zur Anwendung der Vorschriften über das Aufgebotsverfahren und mit Regelungen zu Ladung und Beschlussfassung für Versammlungen mit dem Zweck der Errichtung oder Änderung einer Satzung, die eine Handlungsfähigkeit sicherstellt, wird altrechtlichen Waldkörperschaften ein solcher Weg in die Handlungsfähigkeit ermöglicht.

Dabei wird die den altrechtlichen Waldkörperschaften bei der Einführung des BGB zubilligte besondere Stellung mit Fortgeltung der bei Inkrafttreten des BGB bestehenden landesrechtlichen Vorschriften unberührt gelassen und die Anwendbarkeit der jeweiligen Regelungen des Zivilrechts nur für die genannten Fälle eröffnet. Bei der Vornahme der vorgesehenen Änderungen kann erwartet werden, dass die bestehenden Körperschaften wieder in dem benötigten Umfang tätig werden können.

B) Besonderer Teil

Zu § 1

Zu Nr. 1

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen, damit der neue Regelungsgehalt betreffend die altrechtlichen Waldkörperschaften aus den Überschriften ersichtlich wird.

Zu Nr. 2 (Art. 30 und 31 BayWaldG)

1. Art. 30 BayWaldG

Mit der Regelung wird die Durchführung eines Aufgebotsverfahren gemäß §§ 433 ff. des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) mit dem Ziel des Ausschlusses von Mitgliedern ermöglicht.

Zu Art. 30 Abs. 1 BayWaldG

Abs. 1 Satz 1 grenzt dies dahingehend ein, dass nur der Ausschluss von Mitgliedern möglich ist, die tatsächlich unbekannt und nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar sind. Da § 927 BGB für altrechtliche Waldkörperschaften nicht anwendbar ist, kommt ein darauf gestütztes Aufgebotsverfahren nach § 442 FamFG nicht in Betracht. Die Zielrichtung der Regelung ist zudem eine andere, da nicht der Eigentümer zugunsten des Eigenbesitzers ausgeschlossen werden soll, sondern eine verbindliche Klärung des Mitgliederbestands einer altrechtlichen Waldkörperschaft angestrebt wird. Aufgrund des drohenden Rechtsverlustes muss dabei vorrangig mit zumutbarem Aufwand versucht

werden, alle Mitglieder zu ermitteln. Zumutbar wird es regelmäßig sein, dass Personen, die antragsberechtigt sein könnten, Einsicht ins Grundbuch und ggf. sonstige bei dem Grundbuchamt vorhandene Unterlagen insbesondere aus der Zeit der Anlegung der Grundbücher nehmen. Ein entsprechendes berechtigtes Interesse wird in der Regel vorliegen. Aufgrund des drohenden Rechtsverlustes darf auch in zeitlicher Hinsicht nicht vorschnell angenommen werden, dass Identität oder Aufenthalt nicht ermittelbar sind. Hierbei sind auch die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen. Zumutbar kann es daher auch sein, eine gewisse Zeit zuzuwarten, etwa wenn die Kenntnis über den Aufenthalt erst kürzlich verloren gegangen ist. Abs. 1 Satz 2 legt fest, dass die Vorschrift nur für die dort bestimmten altrechtlichen Waldkörperschaften gilt. Die Vorgabe nach Nr. 1, dass die Mitglieder als solche zur Nutzung an forstwirtschaftlichen Grundstücken berechtigt sind, bezieht sich insbesondere auf Eigentumsrechte bzw. eigentumsähnliche Rechte. Zur Bestimmung der Begrifflichkeiten können die Vorschriften des BGB mangels Anwendbarkeit nicht herangezogen werden. Nicht erfasst sind aber insbesondere bloße Forstrechte (d. h. Nutzungsrechte an fremden Grundstücken). Durch die in den Nrn. 2 und 3 geregelten Voraussetzungen, dass der Verband zur Zeit des Inkrafttretens des BGB bestand und für diesen gemäß Art. 164 EGBGB die zu diesem Zeitpunkt geltenden landesrechtlichen Vorschriften fortgelten, wird sichergestellt, dass die Regelungen nur solche Verbände betreffen, die tatsächlich nicht dem bundesrechtlichen Zivilrecht unterliegen.

Zu Art. 30 Abs. 2 BayWaldG

Antragsberechtigt soll nach Abs. 2 Satz 1 neben den altrechtlichen Waldkörperschaften selbst auch jedes Mitglied sein. Mitglieder können dabei insbesondere die Rechtsnachfolger früherer Mitglieder sein. Damit kann ein Aufgebotsverfahren auch dann initiiert werden, wenn die altrechtlichen Waldkörperschaften aufgrund Handlungsunfähigkeit dazu nicht in der Lage wären. Für besondere Ausnahmefälle besteht ein Antragsrecht auch für die untere Forstbehörde. Dieses Antragsrecht der Verwaltung ist keine gleichrangige Alternative zu einer Antragstellung durch die altrechtlichen Waldkörperschaften oder ein Mitglied. Eine Antragstellung durch die untere Forstbehörde im Auftrag eines Mitglieds ist nicht vorgesehen und ausgeschlossen. Das Antragsrecht der unteren Forstbehörden dient nicht Interessen der altrechtlichen Waldkörperschaften, sondern öffentlichen Interessen. Die Vorschrift ist restriktiv zu verstehen. Dazu darf kein Mitglied der altrechtlichen Waldkörperschaften bekannt oder ermittelbar sein oder die Durchführung eines Aufgebotsverfahrens muss im öffentlichen Interesse zwingend erforderlich sein. Der erste Anwendungsfall liegt vor, wenn zwar eine altrechtliche Waldkörperschaft besteht, aber kein Mitglied bekannt ist. Da Waldbesitzern auch Verpflichtungen im öffentlichen Interesse obliegen, besteht hier ein berechtigter Grund, über ein Aufgebotsverfahren Klarheit darüber zu gewinnen, ob und ggf. welche Mitglieder einer (z. B. im Grundbuch eingetragenen) altrechtlichen Waldkörperschaft existieren. Der zweite Anwendungsfall liegt vor, wenn es im öffentlichen Interesse dringend geboten ist, dass die altrechtliche Waldkörperschaft als Waldbesitzer Verpflichtungen etwa zum Waldschutz oder zur Verkehrssicherung erfüllt, sie diesen Verpflichtungen aber nicht nachkommt und dies auch durch entsprechende Anordnungen der Forstbehörden nicht durchgesetzt werden kann, z. B. wenn ein Mitglied bekannt, aber sein Aufenthaltsort nicht ermittelbar ist oder wenn keine rechts- und handlungsfähige Vertretung der altrechtlichen Waldkörperschaft ermittelbar ist.

Die Voraussetzungen des Abs. 1 gelten auch bei Antragstellung durch untere Forstbehörden.

Bei der Glaubhaftmachung der zur Begründung des Antrags erforderlichen Tatsachen kann auf alle Beweismittel des Freibeweises zurückgegriffen werden. Zur Glaubhaftmachung negativer Tatsachen kann insbesondere auch das Mittel der Versicherung an Eides statt geeignet sein.

Abs. 2 Satz 4 trifft Regelungen zur Zuständigkeit.

Zu Art. 30 Abs. 3 BayWaldG

Abs. 3 regelt die Rechtsfolgen des Ausschlussbeschlusses. Satz 1 betrifft dabei den Fall, dass ein einzelnes Mitglied ausgeschlossen wird, die altrechtliche Waldkörperschaft aber fortbesteht. Gemäß den Sätzen 2 bis 4 ist unter den dort geregelten Voraussetzungen die altrechtliche Waldkörperschaft aufgelöst und ihr Vermögen geht im

Wege der Universalsukzession auf den Fiskus über. Dies betrifft nur die Auflösung als Folge eines Aufgebotsverfahrens. Soweit sich außerhalb eines Aufgebotsverfahrens z. B. aus dem für die jeweilige altrechtliche Waldkörperschaft geltenden alten Recht oder Bestimmungen der Satzung einer altrechtlichen Waldkörperschaft Regelungen zur Auflösung der altrechtlichen Waldkörperschaft und zur Rechtsnachfolge in das Vermögen der altrechtlichen Waldkörperschaft ergeben, bleiben diese Regelungen unberührt.

2. Art. 31 BayWaldG

Art. 31 BayWaldG enthält Regelungen für Ladungen und Beschlussfassungen, die für Mitgliederversammlungen mit dem Ziel des Erlasses oder der Änderung einer Satzung herangezogen werden können. Diese Regelungen sind nur anwendbar, wenn und soweit keine diesbezüglichen Satzungsregelungen bestehen.

Zu Art. 31 Abs. 1 BayWaldG

Abs. 1 enthält Regelungen zur Ladung für eine Mitgliederversammlung. Diese gelten nur dann, wenn und soweit es entweder für die altrechtliche Waldkörperschaft keine Regelungen über die Einberufung zur Mitgliederversammlung gibt oder sich der Inhalt solcher Regelungen trotz zumutbarer Anstrengungen nicht eindeutig feststellen lässt. Weiter gelten diese Regelungen nur für Versammlungen, deren Zweck es ist, eine Satzung zu erlassen oder zu ändern, die bestimmte Mindestregelungen enthalten soll. Ziel ist es, dass die altrechtliche Waldkörperschaft in die Lage versetzt wird, über eine Satzung die für ihre Handlungsfähigkeit notwendigen Regelungen selbst zu schaffen. Die Regelungen im BayWaldG sollen nicht dazu dienen, entsprechende Festlegungen durch die altrechtlichen Waldkörperschaften zu ersetzen, sondern nur eine aufgrund Fehlens eigener Festlegungen durch die altrechtlichen Waldkörperschaften bestehende Handlungsunfähigkeit zu überbrücken.

Nach Satz 3 sind dabei sämtliche Mitglieder durch unmittelbare Benachrichtigung in Textform zu laden, deren Identität und Kontaktdaten unter zumutbarem Aufwand ermittelbar sind. Bestehen Unklarheiten über den Mitgliederbestand, so ist es insbesondere zumutbar, über ein Aufgebotsverfahren nach Art. 30 eine verbindliche Klärung herbeizuführen.

Die Ladung setzt Textform voraus. Damit sind grundsätzlich alle Formen möglich, die die Voraussetzungen des § 126b BGB erfüllen. Weiterhin ist vorgesehen, dass eine unmittelbare Benachrichtigung erfolgt, also eine Benachrichtigung, die eine aktive Mitwirkung des Mitglieds entbehrlich macht (Post, Fax, E-Mail etc.). Damit wird sichergestellt, dass das Mitglied nicht im Unklaren darüber gelassen wird, welche eigene Mitwirkung geboten sei, um von einer Ladung Kenntnis zu erlangen, sondern dass es vielmehr untätig bleiben und abwarten kann, weil es unmittelbar und direkt benachrichtigt wird. Die Verpflichtung zur unmittelbaren Benachrichtigung in Textform besteht gegenüber denjenigen Mitgliedern, von denen Identität und Kontaktdaten bekannt sind bzw. mit zumutbarem Aufwand ermittelbar sind. Zu den Kontaktdaten gehören insbesondere eine ladungsfähige Anschrift sowie weitere Angaben, die es ermöglichen, unmittelbar mit dem Mitglied in Kontakt zu treten, insbesondere eine Telefonnummer, eine E-Mail-Adresse oder Faxnummer.

Es sind zumutbare Anstrengungen zu unternehmen, um die für eine unmittelbare Benachrichtigung erforderlichen Informationen zu erlangen. Das Maß der Zumutbarkeit bestimmt sich nach dem Einzelfall. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ohne eine unmittelbare Benachrichtigung Mitglieder aktiv tätig werden müssten, um von einer Ladung Kenntnis zu erlangen, dazu aber regelmäßig keinen Anlass haben werden. Die Durchführung eines Aufgebotsverfahrens nach Art. 30 wird in diesem Zusammenhang regelmäßig nicht zumutbar sein, kann aber anderweitig z. B. zur Bestimmung des Quorums notwendig sein.

Selbst nach Unternehmen zumutbarer Anstrengungen ist es nicht ausgeschlossen, dass man von der Existenz von Mitgliedern zwar weiß, aber nicht ausreichend personenbezogene Daten vorliegen, um ihre Identität feststellen zu können, und die Mitglieder nicht über eine postalische Anschrift, über eine E-Mail-Adresse oder sonst erreichbar sind. Über die zusätzliche Ladung nach Abs. 1 Satz 4 mittels Veröffentlichung im Staatsanzeiger wird sichergestellt, dass diese grundsätzlich die Möglichkeit der Kennt-

nisnahme von der Ladung erhalten. Zusätzliche Veröffentlichungen der Ladung in weiteren Medien wie Tageszeitungen, örtlichen Amtsblättern etc. sind möglich und sinnvoll, müssen aber nicht verpflichtend durch Gesetz vorgegeben werden.

Über die Regelung in Satz 6 wird sichergestellt, dass allen geladenen Mitgliedern bewusst ist, dass für die bei Nichterreichen des Quorums vorgesehenen weiteren Mitgliederversammlungen kein Quorum mehr erforderlich sein wird.

Zu Art. 31 Abs. 2 BayWaldG

Für die Regelungen zur Beschlussfassung nach Abs. 2 gilt ebenso, dass sie nur zur Überbrückung und Behebung einer ansonsten bestehenden Handlungsunfähigkeit dienen. Die altrechtlichen Waldkörperschaften dürfen und sollen ihre Angelegenheiten grundsätzlich selbst regeln.

Die Beschlussfähigkeit setzt dabei eine ordnungsgemäße Ladung sowie die Teilnahme von mindestens der Hälfte der Mitglieder voraus. Sofern die Gesamtzahl an Mitgliedern nicht bekannt ist, muss sie ggf. durch ein Aufgebotsverfahren nach Art. 30 BayWaldG geklärt werden. Ordnungsgemäße Ladung bedeutet für Mitglieder, deren Identität und Kontaktdaten bekannt sind, die fristgerechte unmittelbare Benachrichtigung in Textform gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 3. Hinsichtlich der übrigen Mitglieder genügt die fristgerechte Ladung durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 4. Der öffentlichen Ladung kommt insoweit eine Auffangfunktion zu. Ungeachtet der öffentlichen Ladung muss auch für Mitglieder, deren Identität und Kontaktdaten bekannt sind, in jedem Fall auch die Ladung nach Art. 31 Abs. 1 Satz 3 ordnungsgemäß erfolgt sein. Zwar wirkt die öffentliche Ladung auch ihnen gegenüber. Eine Kenntnisnahme von einer öffentlichen Ladung erfordert von Mitgliedern aber ein aktives Tätigwerden durch Lektüre des Staatsanzeigers, zu dem diese regelmäßig keinen Anlass haben.

Wird das Quorum nicht erreicht, kann frühestens nach vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung stattfinden, bei der kein Quorum zur Beschlussfähigkeit erforderlich ist, wenn darauf in der Ladung zur ersten Mitgliederversammlung hingewiesen worden ist. Für die Ladung zu dieser weiteren Mitgliederversammlung gilt eine verkürzte Ladungsfrist von zwei Wochen. Außerdem ist hierfür keine zusätzliche Ladung über Veröffentlichung im Staatsanzeiger erforderlich, wenn hierauf und auf den konkreten Termin der weiteren Mitgliederversammlung in der Ladung zur ersten Mitgliederversammlung hingewiesen worden ist. Grund ist, dass dann alle Geladenen die Möglichkeit hatten, entsprechende Kontaktmöglichkeiten für eine persönliche Ladung zu übermitteln. Soweit ein Verzicht auf eine zusätzliche Ladung über Veröffentlichung im Staatsanzeiger für die weitere Mitgliederversammlung nicht erfolgt, muss auch für diese eine angemessene Ladungsfrist eingehalten werden.

Satz 6 sieht ein Kopfstimmrecht vor. Dies gilt nur dann, wenn nichts anderes geregelt ist.

Mit der Regelung in Satz 7 wird klarstellend darauf hingewiesen, dass über entsprechende Vollmacht eine Vertretung in der Mitgliederversammlung möglich ist.

Zu § 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Von: Christine Kadow
<Generalsekretaer@BayerischerBauernVerband.de>
An: Amtschef, Büro (STMELF)
<Amtschef.Buero@stmelf.bayern.de>
Gesendet am: 22.05.2025 12:20:12
Betreff: Verbandsanhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung
des Bayerischen Waldgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anhang erhalten Sie unsere Anmerkungen zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes.

Wir bitten um Weiterleitung an Herrn Amtschef Bittlmayer.

Mit freundlichen Grüßen
Christine Kadow
Büro Generalsekretär

Bayerischer Bauernverband
Generalsekretariat
Max-Joseph-Straße 9 - 80333 München
Tel. (0 89) 5 58 73-2 05 - Fax (0 89) 5 58 73-5 05
<mailto:generalsekretaer@BayerischerBauernVerband.de>
<http://www.BayerischerBauernVerband.de>



Exklusiv informiert - Informationsdienste online bestellen
<http://www.BayerischerBauernVerband.de/Newsletter>
<http://www.BayerischerBauernVerband.de/BauernInfos>



Bayerischer Bauernverband · Max-Joseph-Str. 9 · 80333 München

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Herr Ministerialdirektor
Hubert Bittlmayer
Ludwigstraße 2
80539 München

Datum: 22.05.2025

Per Mail: amtschef.buero@stmelf.bayern.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
Z6-7711-1/233 vom 17.04.2025

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Verbandsanhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Sehr geehrter Herr Bittlmayer,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Verbandsanhörung unsere Anmerkungen zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes vorbringen zu können.

Vorweg teilen wir mit, dass der Bayerische Bauernverband im Bayerischen Lobbyregister unter der Registernummer DEBYLT01D2 eingetragen ist. Geschäftsgeheimnisse oder im Einzelfall ähnlich schutzwürdige persönliche Informationen stehen aus unserer Sicht einer Veröffentlichung unserer Stellungnahme nicht entgegen.

Zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit altrechtlicher Waldkörperschaften haben wir folgende Anmerkungen:

Der Bayerische Bauernverband begrüßt den Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der altrechtlichen Waldkörperschaften. Die Gesetzesänderung eröffnet diesen die Möglichkeit, ihre Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies ist angesichts der großen Herausforderungen des Waldschutzes und Waldumbaus im Zeichen des Klimawandels dringend erforderlich, um die Wälder dauerhaft zu erhalten und den wertvollen Rohstoff Holz nachhaltig nutzen zu können.

Den mindestens 1000 altrechtlichen Waldkörperschaften mit über 26.000 ha Waldfläche muss das rechtliche Handwerkszeug zur Verfügung gestellt werden, um ihre rechtlich komplexe Situation auf die heute gültigen rechtlichen Grundlagen (v.a. BGB) unter umfassender Beachtung der Eigentumsrechte anpassen zu können.

.../2

Damit die Gesetzesänderung ihre gewünschte Wirkung möglichst weitgehend erreichen kann, wird es nach deren Inkrafttreten erforderlich sein, dass Staatsregierung und Forstverwaltung die altrechtlichen Waldkörperschaften und ihre Mitglieder bei der Durchführung der notwendigen formellen und praktischen Schritte bspw. mit ministeriellen Schreiben und Informationen (Merkblätter, Checklisten etc.) unterstützen. Darüber hinaus sind besondere Informationsmaßnahmen seitens der unteren Forstbehörden angeraten, unter Einbindung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen und der den Grundbesitz vertretenden Verbände. Der Bayerische Bauernverband bietet hier seine Mitwirkung an. Darüber hinaus erachten wir eine Evaluierung drei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung für sinnvoll.

Zu Gesetzentwurf Art. 30 Aufgebotsverfahren

Die Handlungsfähigkeit vieler altrechtlichen Waldkörperschaften ist oftmals eingeschränkt (v.a. Beschlussfassung), weil aktuell nicht alle Mitglieder erreichbar sind oder ihr Aufenthaltsort unbekannt ist. Die Gesetzesänderung ermöglicht nun mit Hilfe des Aufgebotsverfahrens eine rechtssichere Klärung der Mitgliedschaften und damit deren Rechte. Dieser für die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit zentrale Schritt wird begrüßt.

Die im **Art. 30 Abs. 2** vorgesehene Antragsberechtigung der altrechtlichen Waldkörperschaften, jedes Mitglieds der altrechtlichen Waldkörperschaften sowie der unteren Forstbehörde erachten wir für sachgerecht. Eine Ausweitung des Kreises der Antragsberechtigten halten wir für nicht erforderlich und nicht zielführend.

Auch die Antragsberechtigung der unteren Forstbehörde ist sinnvoll, weil damit ggf. Grundstücke, die aufgrund nicht mehr zu ermittelnder Mitglieder quasi herrenlos sind, wieder in eine geregelte, ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung überführt werden können.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Glaubhaftmachung der zur Begründung des Antrags erforderlichen Tatsachen gegenüber dem für das Aufgebotsverfahren zuständigen Amtsgericht ist unseres Erachtens sachgerecht. Die nach den allgemeinen zivilrechtlichen Beweisregeln mit Frei- und Strengbeweis bestehenden Handlungsmöglichkeiten ermöglichen es dem Amtsgericht, das Ermessen entsprechend auszuüben.

Die im **Art. 30 Abs. 3** formulierten Folgen eines rechtskräftigen Ausschließungsbeschlusses sind sehr schwerwiegend und endgültig. Zum Schutz der grundgesetzlich geschützten Eigentumsrechte sind an den Ausschließungsbeschluss hohe Anforderungen zu stellen. Das im Gesetzentwurf formulierte Aufgebotsverfahren mit den dazugehörigen Schritten ist das Ergebnis einer Abwägung zwischen der Wahrung der Eigentumsrechte einerseits und der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der altrechtlichen Waldkörperschaften andererseits. Zu diesen Verfahrensschritten zählt insbesondere die geforderte Glaubhaftmachung der Antragsgründe, insbesondere dass die Identität des Mitglieds unbekannt ist und nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar war.

Die im Gesetzentwurf enthaltene Regelung, wonach mit der Auflösung der altrechtlichen Waldkörperschaft automatisch deren Vermögen an den Freistaat Bayern fällt, bitten wir jedoch nochmals eingehend zu hinterfragen. Schließlich stammen die Rechte der altrechtlichen Waldkörperschaften historisch gesehen aus verschiedensten Rechtsverhältnissen. So wäre zu prüfen, ob die Rechte nicht den Kommunen zuzuweisen wären, in denen die altrechtlichen Waldkörperschaften belegen sind. Allerdings sollte die Zuweisung unter den Vorbehalt die Annahme durch die Kommune gestellt werden.

Zu Gesetzentwurf Art. 31 Errichtung einer Satzung durch eine altrechtliche Waldkörperschaft

Das im Gesetzentwurf standardisierte, detaillierte Verfahren über das Recht zur Einberufung einer Mitgliederversammlung durch ein Mitglied erachten wir für sachgerecht. Dies gilt ebenso für die formulierten Mindestanforderungen an eine zu errichtende Satzung. Darauf aufbauend können die altrechtlichen Waldkörperschaften ergänzende individuelle Satzungsregelungen treffen.

Neben der Veröffentlichung der Einladung als Anzeige im Staatsanzeiger erachten wir es jedoch mit Blick auf die hohen Anforderungen, die bei Eingriffen in das Eigentumsrecht zu stellen sind, für erforderlich, dass die Einladung zusätzlich im Amtsblatt der belegen Gemeindegemeinde und ggf. der angrenzenden Gebietskörperschaften mit Bezug zur altrechtlichen Waldkörperschaft veröffentlicht wird. Denn die Hauptbetroffenheit der (potenziellen) Mitglieder altrechtlicher Waldkörperschaften wird dort sein, wo sie belegen ist. Zudem zeigen die Praxiserfahrungen, dass die Amtsblätter der Gemeinde bei den Bürgern im Allgemeinen eine hohe Aufmerksamkeit erfahren.

Die im **Art. 31 Abs. 2** des Gesetzentwurfes formulierten Regelungen über die Beschlussfassung sind klar und zielgerichtet und erleichtern damit den Akteuren ein rechtssicheres Vorgehen. Die Regelungen sind unseres Erachtens praxisgerecht.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Carl von Butler
Generalsekretär

Von: Hans Ludwig Körner <koerner@bayer-waldbesitzerverband.de>
An: Poststelle (StMELF) <Poststelle@stmelf.bayern.de>
Gesendet am: 23.05.2025 08:07:46
Betreff: Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage senden wir unsere Stellungnahme zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Ludwig Körner
Geschäftsführer

Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
Max-Joseph-Str. 7, Rgb.
80333 München

Tel.: 089 – 5390 668-15
Fax: 089 – 5390 668-29
Mobil: 01525 - 367 51 98

koerner@bayer-waldbesitzerverband.de
www.bayer-waldbesitzerverband.de





BAYERISCHER
WALDBESITZER
VERBAND e.V.

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Herr Ministerialdirektor
Hubert Bittlmayer
Ludwigstr. 2
80539 München
Per Mail: poststelle@stmelf.bayern.de

22. Mai 2025

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Verbandsanhörung

Sehr geehrter Herr Bittlmayer,

das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat mit Schreiben vom 17.04.2025 die Verbände zur Stellungnahme zu einem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes aufgefordert.

Gemäß Ihrer Aufforderung teilen wir mit, dass der Bayerische Waldbesitzerverband e.V. unter der Registrierungsnummer *DEBYLT0183* in das Lobbyregister beim Bayerischen Landtag eingetragen ist.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und nehmen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf vom 17.04.2024 wie folgt Stellung.

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Vorbemerkung

Der Bayerische Waldbesitzerverband e.V. begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Initiativen und Bemühungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse der altrechtlichen Waldkörperschaften, – im Weiteren arK - um diese in der heutigen Zeit handlungsfähig zu halten, kommt somit nach annähernd 15 Jahren zu einem Abschluss. Entsprechende Vorhaben wurden bereits im Jahr 2010 initiiert und manifestierten sich im Jahr 2018 in einer Petition zunächst an den Bayerischen Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten sowie in der Folge an den Bayerischen Landtag. Im Mai 2021 überwies der Bayerische Landtag die Petition zur Würdigung an die Bayerische Staatsregierung. Gemeinsam mit den Verbänden wurde in den Folgejahren die Thematik aufgearbeitet. Nach verschiedenen Workshops und Abstimmungen zwischen verschiedenen Ressorts der Bayerischen Staatsregierung liegt nunmehr dieser Gesetzentwurf vor. Aus Sicht des Bayerischen Waldbesitzerverbandes wird so die Möglichkeit geschaffen, die altrechtlichen Waldkörperschaften wieder handlungsfähig zu machen. Dies ist erforderlich, da die bayernweit mindestens 1.000 Waldkörperschaften mit einer bislang angenommenen Fläche von 26.000 Hektar Waldfläche einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zum Umbau unserer Wälder leisten und den wertvollen Rohstoff Holz zur Verfügung stellen. Auf diese engagierten Waldbesitzer kann nicht verzichtet werden.

Insbesondere den aktiven und engagierten arK muss das notwendige rechtliche Handwerkszeug bereitgestellt werden, um weiter aktiv sein zu können.

Inaktive arK erhalten die Gelegenheit zur Revitalisierung oder werden alternativ aufgelöst.

Dabei ist auch der Eigentumsgedanke wesentlich. So handelt es sich um bestehende Rechte aus der Zeit vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zum 1. Januar 1900. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird somit eine seit 125 Jahren bestehende Lücke geschlossen.

Mit Inkrafttreten der Regelungen im Bayerischen Waldgesetz wird es weiter erforderlich sein, seitens der Staatsregierung und der Forstverwaltung diese neuen Regelungen zu unterstützen und umzusetzen. So wird es notwendig sein, mit ministeriellen Schreiben, Handreichungen oder Schwerpunkt-Ämtern effiziente Hilfestellung zu etablieren, um seitens von Justiz und Verwaltung die neuen und notwendigen Schritte erfolgreich umzusetzen.

§ 1 – Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Zu Art. 30-E Aufgebotsverfahren

Bei einer Vielzahl von arK sind aktuell nicht alle Mitglieder erreichbar oder ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit, insbesondere bei der Beschlussfassung, massiv ein. Im Wege des Aufgebotsverfahrens soll mit der Gesetzesänderung eine Klärung der Mitgliedschaften erreicht werden. Das ist zu begrüßen.

Zu Artikel 30 Abs. 1 – E Ausschluss von Mitgliedern aus der Körperschaft und der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte.

Ein Ausschluss erfordert bereits schon aus Eigentums-, also Grundrechtsgründen, hohe Voraussetzungen. Der vorliegende Gesetzentwurf bzw. die Regelung zum Aufgebotsverfahren

verfolgt den Zweck, letztendlich einen Ausschluss zu erreichen. Das Spannungsfeld zwischen der Position des geschützten Eigentums und der Handlungsfähigkeit ist offensichtlich. Nach einer Güterabwägung trifft der Gesetzgeber vorliegend zu Recht die Entscheidung, im Rahmen eines Aufgebotsverfahrens Mitglieder und deren Rechte ausschließen zu können. Dies soll dann möglich sein, wenn die Identität des Mitglieds unbekannt ist oder nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar ist. Folgerichtig ist die Begründung dieses Antrags auch nur glaubhaft zu machen und nicht streng zu beweisen. Zu berücksichtigen sein werden in der Gesamtschau die bisherigen Bemühungen des Antragstellers um die nach Identität oder Aufenthalt unbekannten Mitglieder zu ermitteln.

Zu Art. 30 Abs. 2 – E - Antragsberechtigung

Die Antragsberechtigung für Mitglieder, die arK selbst sowie die untere Forstbehörde ist sachgerecht. Nur so kann eine umfassende Rechtsbereinigung im Gebiet der arK erreicht werden.

Offen bleibt allerdings die rechtliche Stellung bzw. Antragsberechtigung von häufig anzutreffenden Erbengemeinschaften, deren Mitglieder anteilig an arK beteiligt sind. Wir regen an, das Aufgebotsverfahren auch für Mitglieder einer Erbengemeinschaft nach dem Rechtsgedanken aus § 2042 BGB zu öffnen bzw. dies zumindest in der Gesetzesbegründung klarzustellen. Bei in der Folge Ausschluss von Anteilern sollte deren Anteil dann den übrigen Mitgliedern bzw. Miterben zufallen.

Auch die Antragsberechtigung für die untere Forstbehörde ist sinnvoll. Damit kann in dem Fall, dass keine Mitglieder mehr bekannt sind oder die Körperschaft durch Inaktivität nicht mehr handelt, Klarheit geschaffen werden. Dies ist insbesondere aus Waldschutzgründen geboten. Quasi herrenlose Waldgrundstücke können so wieder einer geregelten Bewirtschaftung und Betreuung zugeführt werden. Dies ist insbesondere in Zeiten erhöhter Kalamitäten sinnvoll. Von derart verlassen und unbetreuten Flächen können intensive Schadensverursachungen im Wald ausgehen. Durch die Zuweisung nach dem Aufgebotsverfahren an einen neuen Berechtigten, wird die ordnungsgemäße Bewirtschaftung dieser Fläche wieder ermöglicht. Zudem wird die arK handlungsfähig, da ihre Entscheidungen nicht unter dem Vorbehalt eines Widerspruches gegen Maßnahmen aufgrund fehlender oder mangelnder Beteiligung der Berechtigten steht. Der Mitgliederstand wird insofern bereinigt.

Art. 30 Abs. 2 - E: Glaubhaftmachung

Die vorgesehene Glaubhaftmachung der mangelnden Kenntnis von Identität und Aufenthaltsort der auszuschließenden Mitgliedern ist ein geeignetes Kriterium als Grundlage einer (Ermessens-) Entscheidung der Antragsstelle. Sie wird nach den allgemeinen zivilrechtlichen Beweisregeln mit Frei- und Strengbeweis erfolgen. Es bleibt dem Rechtspfleger beim Amtsgericht überlassen, das Ermessen entsprechend auszuüben.

Die Zuweisung an die Amtsgerichte erfolgt aus der Struktur des Aufgebotsverfahrens. Richtig ist dabei die Alternative des Sitzes der arK bzw. ihrer Belegenheit. Damit sollten keine Lücken bzgl. des Aufgebotsverfahrens bestehen bleiben.

Artikel 30 Abs. 3 - E: Rechtsfolge Ausschluß

Als Rechtsfolge des bestandskräftigen Ausschließungsbeschlusses verliert das Mitglied jegliche Berechtigung an der arK. Sein Nutzungsrecht wächst den übrigen Mitgliedern zu.

Mit Ausschließung des letzten Mitglieds gilt die arK mit Rechtskraft des Beschlusses als aufgelöst.

Allerdings sehen wir den Vermögensanfall beim Freistaat Bayern in Folge der Auflösung der arK kritisch, Artikel 30 Abs. 3, S. 4 - E. Denn historisch sind die Rechte der arK eben nicht vom Staat verliehen bzw. gegeben worden. Sie stammen aus vielfältigen landesherrlichen Rechtsverhältnissen wie solchen der Kirchen (Bistümer), Schenkungen oder Gewährungen aus den Bereichen der Reichsritterschaft, der Herzogtümer oder freien Reichsstädte. Sie sind eben Altrechtlich. Ihr Herkommen ist damit mannigfaltig. Es ist fraglich, ob es sachgerecht ist ihr Vermögen, welches aus Nutzungsrechten an Grundbesitz oder auch ev. aus finanziellen Vermögenspositionen bestehen kann, uneingeschränkt dem Freistaat zuzuweisen. Mithin eine neuzeitliche, nachkonstitutionelle Vermögenszuweisung gleichsam aus dem „neuen Recht“ vorzunehmen. Zu prüfen wäre, ob nicht diese Rechte z.B. denjenigen Kommunen zugestanden werden müssen, in denen die arK mit ihren Rechten belegen sind.

Eine solche Zuweisung an die Kommunen sollte allerdings unter den Vorbehalt der Annahme gestellt werden. Zu denken wäre an eine Regelung entsprechend dem zivilrechtlichen oder dem naturschutzrechtlichen Vorkaufsrecht. Die Zuweisung an den Freistaat Bayern sollte die letzte Stufe sein, um herrenlose Rechte an Grundstücken wieder dem Rechtsverkehr zugänglich zu machen.

Zu Art. 31 - E Errichtung einer Satzung durch eine altrechtliche Waldkörperschaft

Artikel 31 regelt die Errichtung einer Satzung durch eine arK. Ein solches Verfahren ist erforderlich, um mit der Ergänzung oder Schaffung satzungsrechtlicher Grundlagen die arK wieder handlungsfähig zu machen. Oftmals ist eine solche Satzung nicht mehr vorhanden oder entspricht nicht den aktuellen Anforderungen des Rechtsverkehrs.

Das standardisierte, detaillierte Verfahren über das Recht zur Einberufung einer Mitgliederversammlung durch ein Mitglied ist zu begrüßen.

Die Mindestanforderungen an eine zu errichtende Satzung wie die Einberufung der Mitgliederversammlung, die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung und die Vertretung von

Mitgliedern sowie die Vertretung der arK sind ausreichend, um eine angemessene Satzung schaffen zu können.

Dass die Benachrichtigung in Textform erfolgen kann, entspricht den Anforderungen des modernen Rechtsverkehrs.

Die Veröffentlichung der Einladung als Anzeige im Staatsanzeiger ist allerdings nicht ausreichend. Zwar kann jeder Betroffene auf diese Veröffentlichung im Staatsanzeiger verwiesen werden, der Gesetzgeber sich mithin freizeichnen. Aus dem Eigentumsgedanken und zur Abschöpfung des ev. letzten vor Ort vorhandenen Wissens zu Belangen der arK regen wir an, die Benachrichtigung ebenfalls im Amtsblatt der belegenden Gemeinde oder einer weiteren/anderen Gebietskörperschaft mit Bezug zur arK zu veröffentlichen. Rechte an der arK bestehen vor Ort. Die Einsicht in den Staatsanzeiger liegt daher eher fern. Folgerichtig sollte aus Subsidiaritätsgründen die Benachrichtigung ebenfalls auf der untersten Ebene erfolgen. Dies entspricht auch dem Sinn und Zweck der Regelung und dem Eigentumsgedanken.

Artikel 31 Abs. 2 - E: Regelungen über die Beschlußfassung

Die detaillierte Vorgabe von Regelungen über die Beschlußfassung ist zu begrüßen. Der Gesetzentwurf stellt klar, dass diese Regelungen nur dann greifen, wenn die arK über keine entsprechende Regelungen verfügt oder deren Inhalt trotz zumutbarer Anstrengungen nicht festgestellt werden kann. Dies würdigt die anzunehmenden altrechtlichen Vorgaben zur Beschlussfassung und eröffnet den Weg, falls diese Regelungen eben nicht bestehen, zu einem neuen Konstitut. Überdies schafft ein detailliertes Verfahren Rechtssicherheit und ist anwenderfreundlich.

Artikel 31 Abs. 2, Satz 1 am a.E – E:

Zur Klarstellung von Artikel 31 Abs. 2 Satz 1 regen wir an, am Ende von Satz 1 noch das Wort „folgenden“ einzufügen. So wird deutlich, dass die Sätze 2 bis 7 des Artikel 31 Abs. 2 gemeint sind. Dies macht das Erfassen des Sinns und Zwecks dieser Regelung einfacher. Die Formulierung sollte deshalb lauten wie folgt:

*... richtet sich die Beschlussfassung nach den **folgenden** Sätzen 2 bis 7...*

Artikel 31 Abs. 2 Satz 2-5 - E:

Ebenso zu begrüßen ist die stufenweise Absenkung der Anforderungen an das notwendige Quorum der Beschlussfassung. Zunächst ist für eine Beschlussfähigkeit nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der teilnehmenden Mitglieder erforderlich. Wird dieses Quorum verfehlt, ist die Versammlung frühestens nach vier Wochen und einer Ladungsfrist von zwei Wochen unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig.

Der Hinweis auf bzw. die Ladung zur Folgeversammlung mit der ersten Einladung, Art. 31 abs. 2 S. 4 - E, ist pragmatisch. Dies verhindert das zum Erliegenkommen der Initiative zur Schaffung einer Satzung und zur Erlangung der Handlungsfähigkeit.

Ob der Bedeutung der Errichtung oder Änderung einer Satzung ist ein Quorum von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen sachgerecht.

Artikel 31 Absatz 2 Satz 6 - E: Wahlgleichheit

Nach dieser Vorschrift steht jedem Mitglied eine Stimme zu. Etwaige unterschiedlich zu bemessende Anteile werden nicht berücksichtigt. Dies erscheint als eine nachvollziehbare und gerechte sowie angemessene Vorgabe für die Beschlußfassung bzgl. einer Satzung.

Artikel 31 Absatz 2 Satz 7 - E: Bevollmächtigung des Vertreters

Die Regelung über die Bevollmächtigung eines Vertreters in der Mitgliederversammlung ist richtig und führt zu einem praktikablen Vorgehen und ebensolchen Ergebnissen.

Schlussbemerkung:

Spätestens mit Inkrafttreten der Art. 30 und 31 BayWaldG sollten die neuen Regelungen umfangreich und ausführlich den Betroffenen zur Kenntnis gebracht werden. Zu denken ist an besondere Informationsmaßnahmen seitens der unteren Forstbehörden. Ebenso sollten die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die Forstwirtschaftlichen Vereinigungen und die den Grundbesitz vertretenden Verbände in eine solche Informations- und Kommunikationskampagne eingebunden werden. Ziel sollte es sein, flächendeckend die arK zu erreichen.

Ebenso sollte drei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung, eine Evaluierung der Art. 30 und 31 BayWaldG vorgenommen werden. Aus diesem Anlaß ist zu prüfen, inwieweit arK z.B. rechtlich so ausgestaltet werden können, dass sie Fusionen mit anderen arK eingehen können. Zudem ist zu prüfen, inwieweit das Institut gemeinschaftlicher Nutzungsbeziehung geeignet ist, aufgrund von Kalamitäten devastierte Flächen wieder in eine geordnete Bewirtschaftung aus Gründen des Walderhalts und Waldumbaus zu überführen.

Hans Ludwig Körner
Geschäftsführer

Von: Alexander Bergmann <alexander.bergmann@vgem-hofheim.bayern.de>
An: Poststelle (StMELF) <Poststelle@stmelf.bayern.de>
CC: FV Unterfranken <info@fvunterfranken.de>
Gesendet am: 21.05.2025 14:23:40
Betreff: Verbandsanhörung Bay. Waldgesetz zu Altrechtlichen Körperschaften

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei die Stellungnahme der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Unterfranken e.V. zu o.g. Angelegenheit.

Freundliche Grüße

Alexander Bergmann

1.Vorsitzender
Forstwirtschaftliche Vereinigung Unterfranken
Landgerichtsstraße 12- 97461 Hofheim
Telefon: 09523 5033820
Handy: +49175/5238344
mailto:info@fvunterfranken.de
<http://www.fvunterfranken.de>

1.Bürgermeister Stadt Hofheim i.UFr.
Marktplatz 1, 97461 Hofheim i.UFr.
Tel.: 09523 50337-0
Fax: 09523 50337-28
eMail: alexander.bergmann@stadt-hofheim.de
Internet: www.stadt-hofheim.de

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Herr Ministerialdirektor
Hubert Bittlmayer
Ludwigstr. 2
80539 München

Per Mail: poststelle@stmelf.bayern.de

Geschäftsführerin Birgitt Ulrich
Telefon 09523/50338-20
Telefax 09523/50338-29
E-Mail info@fvunterfranken.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

FVU - ul

Hofheim, den

21.05.2025

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Verbandsanhörung

Sehr geehrter Herr Bittlmayer,

das Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat mit Schreiben vom 17.04.2025 die Verbände zur Stellungnahme zu einem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes aufgefordert.

Gemäß Ihrer Aufforderung teilen wir mit, dass die Forstwirtschaftliche Vereinigung Unterfranken e.V. unter der Registrierungsnummer *DEBYLT044A* in das Lobbyregister beim Bayerischen Landtag eingetragen ist.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und nehmen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf vom 17.04.2024 wie folgt Stellung.

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Vorbemerkung

Die FV Unterfranken e.V. begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Initiativen und Bemühungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse der altrechtlichen Waldkörperschaften, – im Weiteren arK - um diese in der heutigen Zeit handlungsfähig zu halten, kommt somit nach annähernd 15 Jahren zu einem Abschluss. Entsprechende Vorhaben wurden bereits im Jahr 2010 initiiert und manifestierten sich im Jahr 2018 in einer Petition zunächst an den Bayerischen Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie in der Folge an den Bayerischen Landtag. Im Mai 2021 überwies der Bayerische Landtag die Petition zur Würdigung an die Bayerische Staatsregierung. Gemeinsam mit den Verbänden wurde in den Folgejahren die Thematik aufgearbeitet. Nach verschiedenen Workshops und Abstimmungen zwischen verschiedenen Ressorts der Bayerischen Staatsregierung liegt nunmehr dieser Gesetzentwurf vor. Aus Sicht der FV Unterfranken e.V. wird so die Möglichkeit geschaffen, die altrechtlichen Waldkörperschaften wieder handlungsfähig zu machen. Dies ist erforderlich, da die bayernweit mindestens 1.000 Waldkörperschaften mit einer bislang angenommenen Fläche von 26.000 Hektar Waldfläche einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zum Umbau unserer Wälder leisten und den wertvollen Rohstoff Holz zur Verfügung stellen. Auf diese engagierten Waldbesitzer kann nicht verzichtet werden.

Insbesondere den aktiven und engagierten arK muss das notwendige rechtliche Handwerkszeug bereitgestellt werden, um weiter aktiv sein zu können.

Inaktive arK erhalten die Gelegenheit zur Revitalisierung oder werden alternativ aufgelöst.

Dabei ist auch der Eigentumsgedanke wesentlich. So handelt es sich um bestehende Rechte aus der Zeit vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zum 1. Januar 1900. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird somit eine seit 125 Jahren bestehende Lücke geschlossen.

Mit Inkrafttreten der Regelungen im Bayerischen Waldgesetz wird es weiter erforderlich sein, seitens der Staatsregierung und der Forstverwaltung diese neuen Regelungen zu unterstützen und umzusetzen. So wird es notwendig sein, mit ministeriellen Schreiben, Handreichungen oder Schwerpunktämtern effiziente Hilfestellung zu etablieren, um seitens von Justiz und Verwaltung die neuen und notwendigen Schritte erfolgreich umzusetzen.

§ 1 – Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Zu Art. 30-E Aufgebotsverfahren

Bei einer Vielzahl von arK sind aktuell nicht alle Mitglieder erreichbar oder ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit, insbesondere bei der Beschlußfassung, massiv ein. Im Wege des Aufgebotsverfahrens soll mit der Gesetzesänderung eine Klärung der Mitgliedschaften erreicht werden. Das ist zu begrüßen.

Zu Art. 30 Absatz 1-E

Der Gesetzentwurf sieht als antragsberechtigten Mitglieder der arK, die arK selbst sowie die untere Forstbehörde vor. Damit ist ausreichend und abschließend ein Kreis der Antragsberechtigten etabliert.

Auch die Antragsberechtigung für die untere Forstbehörde ist sinnvoll. Damit kann in dem Fall, dass keine Mitglieder mehr bekannt sind oder die Körperschaft durch Inaktivität nicht mehr handelt, Klarheit geschaffen werden. Dies ist insbesondere aus Waldschutzgründen geboten. Quasi herrenlose Waldgrundstücke können so wieder einer geregelten Bewirtschaftung und Betreuung zugeführt werden. Dies ist insbesondere in Zeiten erhöhter Kalamitäten sinnvoll. Von derart verlassenen und unbetreuten Flächen können intensive Schadensverursachungen im Wald ausgehen. Durch die Zuweisung nach dem Aufgebotsverfahren an einen neuen Berechtigten, wird die ordnungsgemäße Bewirtschaftung dieser Fläche wieder ermöglicht. Vielmehr wird die arK handlungsfähig, da ihre Entscheidungen nicht unter dem Vorbehalt eines Widerspruches gegen Maßnahmen aufgrund fehlender oder mangelnder Beteiligung der Berechtigten steht. Der Mitgliederstand wird insofern bereinigt.

Zu Artikel 30 Absatz 1 – E Ausschluss von Mitgliedern aus der Körperschaft und der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte.

Ein Ausschluss erfordert bereits schon aus Eigentums-, also Grundrechtsgründen, hohe Voraussetzungen. Der vorliegende Gesetzentwurf bzw. die Regelung zum Aufgebotsverfahren verfolgt den Zweck, letztendlich einen Ausschluss zu erreichen. Das Spannungsfeld zwischen der Position des geschützten Eigentums und der Handlungsfähigkeit ist offensichtlich. Nach einer Güterabwägung trifft der Gesetzgeber vorliegend zu Recht die Entscheidung, im Rahmen eines Aufgebotsverfahrens Mitglieder und deren Rechte ausschließen zu können. Dies soll dann möglich sein, wenn die Identität des Mitglieds unbekannt ist oder nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar ist. Folgerichtig ist die Begründung dieses Antrags auch nur glaubhaft zu machen und nicht streng zu beweisen. Zu berücksichtigen sein werden in der Gesamtschau die bisherigen Bemühungen des Antragstellers um die nach Identität oder Aufenthalt unbekannten Mitglieder zu ermitteln.

Art. 30 Absatz 2-E: Antragsberechtigung und Glaubhaftmachung

Die Antragsberechtigung für Mitglieder, die arK selbst sowie die untere Forstbehörde ist sachgerecht. Nur so kann eine umfassende Rechtsbereinigung im Gebiet der arK erreicht werden.

Die vorgesehene Glaubhaftmachung der mangelnden Kenntnis von Identität und Aufenthaltsort der auszuschließenden Mitgliedern ist ein geeignetes Kriterium als Grundlage einer (Ermessens-) Entscheidung der Antragsstelle. Sie wird nach den allgemeinen zivilrechtlichen Beweisregeln mit Frei- und Strengbeweis erfolgen. Es bleibt dem Rechtspfleger beim Amtsgericht überlassen, das Ermessen entsprechend auszuüben.

Die Zuweisung an die Amtsgerichte erfolgt aus der Struktur des Aufgebotsverfahrens. Richtig ist dabei die Alternative des Sitzes der arK bzw. ihrer Belegenheit. Damit sollten keine Lücken bzgl. des Aufgebotsverfahrens bestehen bleiben.

Artikel 30 Absatz 3-E

Als Rechtsfolge des bestandskräftigen Ausschließungsbeschlusses verliert das Mitglied jegliche Berechtigung an der arK. Sein Nutzungsrecht wächst den übrigen Mitgliedern zu.

Mit Ausschließung des letzten Mitglieds gilt die arK mit Rechtskraft des Beschlusses als aufgelöst. Beides Rechtsfolgen i.S.d. des Gesetzentwurfes.

Allerdings sehen wir den Vermögensanfall beim Freistaat Bayern in Folge der Auflösung der arK kritisch, Artikel 30 Absatz 3, S. 4-E. Denn historisch sind die Rechte der arK eben nicht vom Staat verliehen bzw. gegeben worden. Sie stammen aus vielfältigen landesherrlichen Rechtsverhältnissen wie solchen der Kirchen (Bistümer), Schenkungen oder Gewährungen aus den Bereichen der Reichsritterschaft, der Herzogtümer oder freien Reichsstädte. Sie sind eben altrechtlich. Ihr Herkommen ist damit mannigfaltig. Es ist fraglich, ob es sachgerecht ist ihr Vermögen, welches aus Nutzungsrechten an Grundbesitz oder auch ev. aus finanziellen Vermögenspositionen bestehen kann, uneingeschränkt dem Freistaat zuzuweisen. Mithin eine neuzeitliche, nachkonstitutionelle Vermögenszuweisung gleichsam dem Gedanken des „neuen Rechtes“ vorzunehmen. Zu prüfen wäre, ob nicht diese Rechte z.B. denjenigen Kommunen zugestanden werden müssen, in denen die arK mit ihren Rechten belegen sind.

Eine solche Zuweisung an die Kommunen sollte allerdings unter den Vorbehalt der Annahme gestellt werden. Zu denken wäre an eine Regelung entsprechend dem zivilrechtlichen oder dem naturschutzrechtlichen Vorkaufsrecht. Die Zuweisung an den Freistaat Bayern sollte die letzte Stufe sein, um herrenlose Rechte an Grundstücken wieder dem Rechtsverkehr zugänglich zu machen.

Zu Art. 31-E Errichtung einer Satzung durch eine altrechtliche Waldkörperschaft

Artikel 31 regelt die Errichtung einer Satzung durch eine arK. Ein solches Verfahren ist erforderlich, um mit der Ergänzung oder Schaffung satzungsrechtlicher Grundlagen die arK wieder handlungsfähig zu machen. Oftmals ist eine solche Satzung nicht mehr vorhanden oder entspricht nicht den aktuellen Anforderungen des Rechtsverkehrs.

Das standardisierte, detaillierte Verfahren über das Recht zur Einberufung einer Mitgliederversammlung durch ein Mitglied ist zu begrüßen.

Die Mindestanforderungen an eine zu errichtende Satzung wie die Einberufung der Mitgliederversammlung, die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung und die Vertretung von Mitgliedern sowie die Vertretung der arK sind ausreichend, um eine angemessene Satzung schaffen zu können.

Dass die Benachrichtigung in Textform erfolgen kann, entspricht den Anforderungen des modernen Rechtsverkehrs.

Die Veröffentlichung der Einladung als Anzeige im Staatsanzeiger ist allerdings nicht ausreichend. Zwar kann jeder Betroffene auf diese Veröffentlichung im Staatsanzeiger verwiesen werden, der Gesetzgeber sich mithin freizeichnen. Aus dem Eigentumsgedanken und zur Abschöpfung des ev. letzten vor Ort vorhandenen Wissens zu Belangen der arK regen wir an, die Benachrichtigung ebenfalls im Amtsblatt der belegenen Gemeinde oder einer weiteren/anderen Gebietskörperschaft mit Bezug zur arK zu veröffentlichen. Rechte an der arK bestehen vor Ort. Die Einsicht in den Staatsanzeiger liegt daher eher fern. Folgerichtig sollte aus Subsidiaritätsgründen die Benachrichtigung ebenfalls auf der untersten Ebene erfolgen. Dies entspricht auch dem Sinn und Zweck der Regelung und dem Eigentumsgedanken.

Artikel 31 Absatz 2: Regelungen über die Beschlußfassung

Die detaillierte Vorgabe von Regelungen über die Beschlußfassung ist zu begrüßen. Der Gesetzentwurf stellt klar, dass diese Regelungen nur dann greifen, wenn die arK über keine entsprechenden Regelungen verfügt oder deren Inhalt trotz zumutbarer Anstrengungen nicht festgestellt werden kann. Dies würdigt die anzunehmenden altrechtlichen Vorgaben zur Beschlussfassung und eröffnet den Weg, falls diese Regelungen eben nicht bestehen, zu einem neuen Konstitut. Überdies schafft ein detailliertes Verfahren Rechtssicherheit und ist anwenderfreundlich.

Artikel 31 Absatz 2. Satz am 1 a.E.:

Zur Klarstellung von Artikel 31 Absatz 2 Satz 1 regen wir an, am Ende von Satz 1 noch das Wort „folgenden“ einzufügen. So wird deutlich, dass die Sätze 2 bis 7 des Artikel 31 Absatz 2 gemeint sind. Dies macht das Erfassen des Sinns und Zwecks dieser Regelung einfacher. Die Formulierung sollte deshalb lauten wie folgt:

*... richtet sich die Beschlussfassung nach den **folgenden** Sätzen 2 bis 7....*

Artikel 31 Absatz 2. Satz 2-5:

Ebenso zu begrüßen ist die stufenweise Absenkung der Anforderungen an das notwendige Quorum der Beschlussfassung. Zunächst ist für eine Beschlussfähigkeit nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der teilnehmenden Mitglieder erforderlich. Wird dieses Quorum verfehlt, ist die Versammlung frühestens nach vier Wochen und einer Ladungsfrist von zwei Wochen unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Hinweis auf bzw. die Ladung zur Folgeversammlung mit der ersten Einladung, Art. 31 abs. 2 S. 4-E, ist pragmatisch. Dies verhindert das zum Erliegenkommen der Initiative zur Schaffung einer Satzung und zur Erlangung der Handlungsfähigkeit.

Ob der Bedeutung der Errichtung oder Änderung einer Satzung ist ein Quorum von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen sachgerecht.

Artikel 31 Absatz 2 Satz 6: Wahlgleichheit

Nach dieser Vorschrift steht jedem Mitglied eine Stimme zu. Etwaige unterschiedlich zu bemessende Anteile werden nicht berücksichtigt. Dies erscheint als eine nachvollziehbare und gerechte sowie angemessene Vorgabe für die Beschlussfassung bzgl. einer Satzung.

Artikel 31 Absatz 2 Satz 7: Bevollmächtigung des Vertreters

Die Regelung über die Bevollmächtigung eines Vertreters in der Mitgliederversammlung ist richtig und führt zu einem praktikablen Vorgehen und ebensolchen Ergebnissen.

§ 2 regelt das Inkrafttreten.

Ausblick:

Spätestens mit Inkrafttreten der Art. 30 und 31 des BayWaldG sollten die neuen Regelungen umfangreich und ausführlich den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden. Zu denken ist an besondere Informationsmaßnahmen seitens der unteren Forstbehörden. Ebenso sollten die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die Forstwirtschaftlichen Vereinigungen und die den Grundbesitz vertretenden Verbände in eine solche Informations- und Kommunikationskampagne eingebunden werden. Ziel sollte es sein, flächendeckend die arK zu erreichen.

Ebenso sollte drei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung, eine Evaluierung der Artikel 30 und 31 BayWaldG vorgenommen werden. Aus diesem Anlaß ist zu prüfen, inwieweit arK z.B. rechtlich so ausgestaltet werden können, dass sie Fusionen mit anderen arK eingehen können. Zudem ist zu prüfen, inwieweit das Institut gemeinschaftlicher Nutzungsberechtigung geeignet ist, aufgrund von Kalamitäten devastierte Flächen wieder in eine geordnete Bewirtschaftung aus Gründen des Walderhalts und Waldumbaus zu überführen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Thorsten Schwab

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Toni Schuberl

Abg. Roland Weigert

Abg. Christiane Feichtmeier

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1 e** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes (Drs. 19/7193)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung hat die Staatsministerin Michaela Kaniber das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne stelle ich heute den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes vor. Mit diesem Gesetz setzen wir eine Zusage aus dem bayerischen Waldpakt voller Überzeugung um. Dort haben wir nämlich auch Folgendes vereinbart: Altrechtliche Waldkörperschaften sind ein besonders schützens- und erhaltenswertes Gut bayerischer Landesgeschichte. Staatsregierung und Waldbesitzer sind sich einig, dass ihre Handlungsfähigkeit eindeutig verbessert werden muss. Diesem Versprechen kommen wir mit dem Gesetz zur Änderung hier und heute sehr gerne nach.

Wer es nicht besser weiß, wird bei altrechtlichen Waldkörperschaften unwillkürlich an die Rechtler denken, die Holznutzungsrechte an staatlichen oder kommunalen Wäldern besitzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, davon reden wir heute aber nicht. Altrechtliche Waldkörperschaften haben keine Rechte an fremden Wäldern. Nein, sie sind selbst Eigentümer des jeweiligen Waldes. Sie stammen noch aus einer Zeit vor 1900 und werden deshalb als "altrechtlich" bezeichnet, weil bei der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches entschieden wurde, dass sich Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der altrechtlichen Waldkörperschaften ausschließlich nach altem Landesrecht aus der Zeit vor 1900 richten. Das können ganz unterschiedliche Vorschriften sein, die ich nicht alle einzeln aufzählen will. Aber ich möchte doch ein paar nennen: Das Gemeine Recht, das Bamberger, das Bayreuther oder das Ansbacher Landrecht, das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, das

bayerische Forstgesetz von 1852 und viele Forstverordnungen aus dem 17. Jahrhundert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sich jeder vorstellen kann, ist nach zwei Weltkriegen, massiven gesellschaftlichen Veränderungen, der Weltwirtschaftskrise und Auswanderungswellen nicht immer klar, wer beispielsweise als Erbe aktuell Mitglied einer altrechtlichen Waldkörperschaft ist. Genau darin liegt das Problem; denn ohne klaren Mitgliederstand können die altrechtlichen Waldkörperschaften häufig keine wirksamen Beschlüsse fassen, also keine gültigen Wahlen durchführen. Es gibt also niemanden, der als offizieller Vertreter der Körperschaft nach außen auftreten oder etwa ein Bankkonto eröffnen oder sogar führen kann. Dass das die Handlungsfähigkeit der Betroffenen massiv hemmt, erklärt sich von selbst. Leider fehlen den altrechtlichen Waldkörperschaften bisher oftmals rechtliche Möglichkeiten, mit denen der Mitgliederbestand verbindlich geklärt werden könnte.

Genau hierfür bieten wir heute eine Lösung an. Fehlen Instrumente aus dem alten Recht, ermöglichen wir zukünftig, am Amtsgericht ein im Zivilrecht etabliertes Aufgebotsverfahren durchzuführen. Wer sich nach öffentlichem Aufruf nicht meldet, verliert seine Mitgliedschaft in einer altrechtlichen Waldkörperschaft. Es versteht sich von selbst, dass dies wegen des drohenden Rechtsverlustes von einer ganz breiten, intensiven, aber vor allem auch offenen Kommunikation begleitet werden muss.

Auch bei einem klaren Mitgliederstand muss eine altrechtliche Waldkörperschaft rechtswirksame Beschlüsse fassen können, um handlungsfähig zu sein. Dies setzt selbstverständlich eine ordnungsgemäße Ladung und auch Beschlussfassung voraus. Leider ist auch hier gelegentlich nicht feststellbar, was dabei für die konkrete altrechtliche Waldkörperschaft gilt. Das Bürgerliche Gesetzbuch und die damit zusammenhängenden zivilrechtlichen Regelungen halten dafür zwar Lösungen bereit, dieses neue Recht gilt aber für die altrechtlichen Waldkörperschaften gerade nicht. Für diesen Fall führen wir in Anlehnung an das Vereinsrecht im Bayerischen Waldgesetz Regelungen zur Ladung und zur Beschlussfassung ein, mit denen solche Lücken geschlossen

werden können. Insbesondere wird eine öffentliche Ladung ermöglicht, über die auch Mitglieder, deren Aufenthaltsort nicht bekannt ist, verbindlich geladen werden können. Für Beschlüsse und Satzungen legen wir fest, dass eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Mit den Instrumenten unseres Gesetzentwurfs versetzen wir also die altrechtlichen Waldkörperschaften in die Lage, ihre Handlungsfähigkeit selbstständig wiederzuerlangen. Dabei war für uns die Autonomie der altrechtlichen Waldkörperschaften stets von herausragender Bedeutung. Ganz bewusst sollen die neuen Regelungen im Bayerischen Waldgesetz nur dann zur Anwendung kommen, wenn und soweit Ladung und Beschlussfassung nicht bereits in einer Satzung der altrechtlichen Waldkörperschaft geregelt sind. Ebenfalls ganz bewusst soll dies nur für Versammlungen gelten, die dazu dienen, dass sich die altrechtliche Waldkörperschaft über eine Satzung selbst die bislang fehlenden Regelungen geben kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass wir mit diesem Gesetzentwurf nun ein schon viele Jahre bestehendes Problem zur Zufriedenheit der Betroffenen lösen können. Damit erweisen wir übrigens auch dem Waldumbau in Bayern einen großen Dienst; denn nur handlungsfähige Waldbesitzer sind auch in der Lage, diese Mammutaufgabe zum Wohle nachfolgender Generationen mutig anzupacken. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf und sage jetzt schon einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit eröffne ich die Aussprache. Als Gesamtredezeit sind 29 Minuten vorgesehen. Der erste Redner ist Herr Kollege Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne, sehr geehrte Frau Kollegin Kaniber! Heute steht der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes in der Ersten Lesung zur Diskussion. Es handelt sich um eine Initiative, die die bestehenden Strukturen altrechtlicher Waldkörperschaften reformieren soll. Das Bayerische Waldgesetz regelt die Waldbewirtschaftung, den Waldschutz und die Erholung im Wald. Es legt Wert auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung des Waldes sowie den Ausgleich der Interessen von privaten Waldbesitzern und Körperschaften wie Gemeinden oder Stiftungen.

Wir tragen Verantwortung für unsere Wälder, die uns über Jahrtausende hinweg begleitet haben. Ja, der Wald verändert sich, das Klima wandelt sich, und wir müssen uns anpassen. Die AfD-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die bestehenden rechtlichen Unsicherheiten in Bezug auf Mitgliedschaften und Beschlussfassungen zu beseitigen, um den Körperschaften eine stabile Zukunft zu ermöglichen. Die Anwendung alter Landesrechte ist ein bedeutender Punkt. Wir beobachten oft, dass bestimmte Regelungen aus vergangenen Zeiten den dynamischen Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gerecht werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass diese Regelungen eine wesentliche historische Dimension besitzen, die es zu respektieren gilt. Es ist notwendig, gezielte Anpassungen vorzunehmen, die sowohl die Tradition als auch die aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen berücksichtigen. Ob das mit dem Vorschlag der Regierungsfractionen auch wirklich gelingt, muss die Zukunft zeigen.

Was uns besonders Bauchschmerzen bereitet, sind die Neuregelungen bezüglich Ausschlussverfahren. Zwar sind diese zur Mitgliederklärung unabdingbar; denn sie klären, wer innerhalb der Körperschaften Mitbestimmungsrecht besitzt, und schaffen somit eine gerechte Verteilung der Rechte und Pflichten unter den Mitgliedern. Bei unsachgemäßer Anwendung könnte jedoch die Entrechtung einzelner Waldbesitzer drohen. Deshalb betrachten wir diesen Punkt sehr kritisch. Die AfD will auf keinen Fall,

dass man diese Wälder für Windkraftanlagen oder Ähnliches zweckentfremdet. Dazu werden wir auch einen Änderungsantrag einreichen.

Positiv hingegen sehen wir einen Kernpunkt des Änderungsentwurfs, das Aufgebotsverfahren. Durch dieses Verfahren wird die Mitgliedschaft innerhalb der Waldkörperschaften transparent gemacht und die Basis für rechtssichere Beschlüsse gelegt. Der Ablauf sichert die demokratische Teilhabe aller Akteure und beugt möglichen Streitfällen vor. Somit wird ein geregeltes und einheitliches Vorgehen innerhalb der Körperschaften gewährleistet, was letztendlich der Effizienz und der Harmonie zugutekommt.

Die AfD-Fraktion unterstützt Maßnahmen, die eine zukunftssichere und effiziente Verwaltung unserer natürlichen Ressourcen ermöglichen. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes repräsentiert einen Schritt in Richtung Modernisierung, Anpassung und Entbürokratisierung unserer Verwaltungspraxis, ohne die Erfordernisse der Vergangenheit abzustreiten. Wichtig bei der Umsetzung ist, stets mit Bedacht vorzugehen, damit die Interessen sowohl der Körperschaften als auch der Allgemeinheit in Einklang gebracht werden. Die klare Rechtssicherheit und die effiziente Verwaltung unserer Wälder sind von zentraler Bedeutung für deren Erhalt und die Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung.

Abschließen möchte ich heute mit einem Zitat: "Bäume sind die Götter des Waldes. Vor ihnen keine Ehrfurcht zu haben, zeugt von einem niederen Geist."

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist das walddreichste Bundesland. 2,5 Millionen Hektar Waldfläche gibt es in Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg mit 1,4 Millionen Hektar und Nie-

dersachsen mit 940.000 Hektar. Bayern ist mit Abstand das Bundesland mit dem meisten Wald. Wir haben Verantwortung für diese Wälder. Wir müssen unseren Wald schützen und alles dafür tun, dass auch nachfolgende Generationen diesen Wald noch so erleben können, wie wir das tun können.

Unsere Wälder haben unbestritten Probleme. Die heißen Temperaturen und die Trockenheit machen unserem Wald zu schaffen. Da geht es dem Wald genauso wie den Menschen. Wenn wir heute rausgehen, haben wir ja auch so unsere Schwierigkeiten. Windbruch, Hagel, Unwetter sind weitere Dinge, die in unseren Wäldern Probleme machen. Das muss aufgearbeitet werden. Der Freistaat Bayern hilft den Eigentümern unserer Wälder bei der Aufarbeitung von Kalamitätenholz, also bei Schädlingsbefall. Für den Waldumbau gibt es tolle Förderprogramme. Bayern fördert dies wie kein zweites Bundesland in Deutschland. Deshalb sage ich herzlichen Dank an unseren Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus – die Ministerin bekommt es gar nicht mit, wenn sie gelobt wird –

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Bei Lob höre ich immer nicht hin!)

für die tollen Fördergelder, die an die Waldeigentümer gezahlt werden. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Aber eines muss uns bewusst sein: Um den Wald fit für den Klimawandel zu machen, braucht es einen Waldumbau, und um den Wald umbauen zu können, müssen wir unsere Wälder bewirtschaften. Sonst können wir nämlich nicht Baumarten in unsere Wälder einbringen, die mit der Trockenheit, mit dem Klimawandel, besser zurechtkommen. Denn die Bäume, die momentan die Überhand haben, werden in der Trockenheit vielleicht nicht zurechtkommen wie die Buche und irgendwann auch Schäden erleiden. Wir haben jetzt die Aufgabe, mit Waldumbau Baumarten wie die Eiche, die Elsbeere, die Kastanie oder die Vogelkirsche in unsere Wälder einzubringen.

Dieser Umbau gelingt sehr gut. Die Eigentümer ziehen auch mit, wenn sie denn können. Denn das Waldeigentum in Bayern ist unterschiedlich verteilt: 54,2 % gehören privaten Waldbesitzern. Hier wird unterstützt über die Forstbetriebsgemeinschaften, über forstliche Zusammenschlüsse, die den Eigentümern weiterhelfen. Der Staatswald hat rund 30 % Anteil, der Bundeswald 2,2 % und der Körperschaftswald 13,5 %. Im Bereich des Körperschaftswaldes, nur in diesem 13,5-%-Bereich, ist der Hauptanteil Kommunalwald; ein kleinerer Anteil sind die altrechtlichen Waldkörperschaften. Wenn ich den Kollegen von der AfD höre: Es geht bei Weitem nicht darum, überall im Wald etwas zu ändern, sondern es geht in diesem 13,5-%-Anteil um einen wesentlich kleineren Anteil dieser altrechtlichen Anteile.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Michael Hofmann (CSU): Hoffen wir mal, dass er das versteht!)

Da geht es um 26.000 Hektar bayerische Waldfläche. Es gibt circa 1.000 altrechtliche Körperschaften in Bayern, und die meisten kommen mit ihren Regelungen auch gut zurecht. Sie bewirtschaften den Wald, und die Eigentumsverhältnisse sind gut geregelt. Aber in einem ganz kleinen Teil dieser 1.000 altrechtlichen Körperschaften geht es eben nicht mehr weiter, weil die Regelungen nicht mehr eindeutig sind.

Die Ministerin hat schon erklärt, dass es um Regelungen aus dem Landesrecht aus dem Jahr 1900 und früher geht. Das ist nicht in das BGB aufgenommen worden; insbesondere sind diese Regelungen als verbandsrechtliche Regelungen nicht anwendbar im Zivilrecht. Da gibt es eine Lücke, und die müssen wir jetzt einfach schließen. Denn sonst können diese Wälder nicht adäquat bewirtschaftet und die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt werden. Bis 2005 wurden diese Wälder von den staatlichen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten noch mitbewirtschaftet. Das geht heute nicht mehr.

Jetzt sind wir beim Kern dieses Gesetzentwurfes. Die eingebrachte Änderung des Waldgesetzes soll eben gerade diese Lücke schließen, damit diese altrechtlichen

Körperschaften wieder selbst handlungsfähig werden. Wir reden nicht darüber, den funktionierenden Körperschaften reinzureden, sondern es geht nur um einen ganz kleinen Teil, bei dem das Eigentum nicht mehr geregelt ist. Hier werden jetzt, wie es von der Ministerin erklärt worden ist, Regelungen in Kraft gesetzt, mit denen sie wieder selbst handlungsfähig werden. Diese 120 Jahre alte Lücke wird geschlossen, und die Neuregelung zielt nur darauf ab, dass diese altrechtlichen Körperschaften ihre Autonomie behalten. Wir greifen also nicht in das Eigentumsrecht ein. Wichtig ist auch – ich glaube, es ist gut, das noch mal zu erwähnen –, dass es nicht um Holzrechte, um Waldrechte geht, sondern um Eigentumsrechte, und das wird jetzt geregelt.

Die Waldbesitzerverbände haben die Änderung gefordert; sie haben eine Lösung gefordert. Es gab mal eine Petition im Landtag, und der Anpassungsbedarf ist jetzt in den Gesetzentwurf eingeflossen. Ich bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung. Die Einzelheiten werden sicher im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus noch beraten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu hat der Abgeordnete Harald Meußgeier, AfD-Fraktion, das Wort.

Harald Meußgeier (AfD): Herr Kollege Schwab, ich muss Ihnen da schon ein bisschen widersprechen, denn es ist ja Fakt, dass in Ihrem Gesetzentwurf steht: Sollten keine Eigentümer ermittelt werden oder bekannt sein, geht dieses Grundstück auf den Staat über. Wir wissen ja alle, was mit den Staatsforsten aktuell geschieht: In den Staatsforsten werden reihenweise Windräder aufgestellt. Wir wollen vermeiden, dass das dann geschieht. Also ist das im Endeffekt schon richtig, was ich hier geäußert habe.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Schwab.

Thorsten Schwab (CSU): Ich verstehe das Problem nicht,

(Beifall des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

weil das auch bei Erbfällen, in denen kein Erbe ermittelt wird, so ist. Wem soll das Grundstück denn zufallen? Soll der Staat es verlosen? Selbstverständlich fällt ein Grundstück, wenn kein einziger Eigentümer mehr da ist, irgendwann dem Staat zu. Wem soll es denn sonst zufallen? Das ist logisch. Aber dieser Fall muss ja erst einmal eintreten, dass bei diesen Körperschaften von den vielen Eigentümern kein einziger mehr da ist. Das wird wirklich eine Seltenheit sein, und da von einem Problem zu reden, ohne eine eigene Lösung parat zu haben, wie man es denn sonst regeln sollte, ist schon echt abenteuerlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Waldgesetz wird eine Lücke geschlossen, die seit mehr als 125 Jahren besteht. Wow, so schnell ist man das von der Bayerischen Staatsregierung gar nicht gewohnt.

(Unruhe bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Der Verband der bayerischen Waldbesitzer hat schon vor 15 Jahren auf das Problem hingewiesen; aber lieber spät als nie. Der Gesetzentwurf ist richtig und wichtig, und deshalb werden wir auch zustimmen. Das Eigentumsrecht wird gestärkt. Aktuell sind die walddrechtlichen Körperschaften nicht förderberechtigt. Nun wird es ihnen möglich sein, Förderung zum Beispiel für den notwendigen Umbau der Wälder hin zu klimaresilienten Mischwäldern zu beantragen.

Wenn wir das Eigentumsrecht stärken, dann stärken wir zugleich auch das Jagdrecht. Die Waldeigentümer können aktiv mitwirken, damit die Jagd im Einklang mit dem

Bayerischen Waldgesetz und dem Bayerischen Jagdgesetz vollzogen wird, mit dem Ziel, den Wald langfristig zu erhalten und zu schützen. Ist das Eigentum geklärt, ist das Jagdrecht geklärt, werden die Eigentümer alles dafür tun, dass ihr Wald, mit dem sie nun wirklich arbeiten können, erhalten bleibt.

Der Gesetzentwurf ist daher ein wichtiger Schritt hin zu einem rechtlich abgesicherten und zukunftsfähigen Waldumbau. Aber das Gesetz betrifft nur ungefähr 1.000 Körperschaften, und das ist ein kleiner Bruchteil des Waldes in Bayern. Wir stehen aber vor einem umfassenden Umbruch, einem Epochenumbruch, getrieben durch die Klimakrise. Dürre, trockene Böden, Borkenkäferplage und Anfälligkeit für Sturmschäden führen zu enormen ökologischen und ökonomischen Vernichtungen. Die Försterinnen und Förster, die Umweltbewegung und auch die Waldbesitzer haben das längst erkannt. Aber was hat die Staatsregierung gemacht? – Sie hat sich intern gestritten. Weil der Wirtschaftsminister privat Jäger ist, wollte er für die Jagd zuständig sein. Hubertus, der größte Jägermeister Bayerns! Weil er nicht Landwirtschaftsminister werden durfte, wollte er wenigstens für den Wald zuständig sein.

(Unruhe bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Jetzt sind die Staatsforsten in seinem Ministerium, die Landwirtschaftsministerin bleibt aber Forstministerin. Was ist das für ein Geschacher!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Rede?)

Wo ist der Ministerpräsident, der den Kindergartenstreit seiner Minister sachgerecht hätte klären müssen? Aber das kennen wir ja: Er ist nicht da.

Wald und Jagd gehören nämlich zusammen.

(Michael Hofmann (CSU): Ein einziger richtiger Satz von Ihnen, sonst nichts! Wo ist denn Ihr Fraktionsvorsitzender?)

Der Wald ist zu wichtig, als dass er zum Spielball werden und zur Profilierung im eigenen Lager dienen darf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Er muss vorbereitet werden auf die Klimaerhitzung; Ökologie und Ökonomie müssen noch besser verzahnt werden. Wir müssen unsere Försterinnen und Förster und die Waldbesitzer unterstützen.

(Michael Hofmann (CSU): Und die draußen auch!)

Es braucht weiterhin den Grundsatz: Wald vor Wild.

Wir unterstützen diesen Gesetzentwurf, aber nur als ersten Schritt. Weiteres muss folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das war wieder eine Sternstunde der Demokratie! Unglaublich!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Roland Weigert. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen wirklich kompakten und präzisen Vortrag unserer Forstministerin gehört. Er war so auf den Punkt gebracht, dass wir eigentlich da schon beschlussfähig gewesen wären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Er war im Kern sachlogisch. In der Sache gibt es eigentlich kaum etwas Politisches zu erörtern.

Nun bin ich nach der Ministerin der vierte Redner. Ich muss feststellen, dass alle direkt mit der Thematik zusammenhängenden Aspekte aufgezählt wurden. Selbst alle indi-

rekt mit dieser Thematik zusammenhängenden Aspekte wurden aufgezählt, sodass mir nur noch eine Möglichkeit bleibt, meine Damen und Herren, nämlich ein Fazit zu ziehen.

Die Initiative, die von unserer Forstministerin vorgestellt wurde, führt nicht nur zu handlungsfähigen Waldkörperschaften, wie wir eben gehört haben; sie wahrt auch ein gutes Stück fränkischen Kulturgutes. Wir wissen: Was fränkisches Kulturgut ist, ist bayerisches Kulturgut. Was bleibt uns da noch übrig, außer zuzustimmen? Ich werbe dafür. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Christiane Feichtmeier. – Erneut die Bitte um etwas mehr Ruhe. – Bitte, Sie haben das Wort, und nur Sie haben das Wort.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in Erster Lesung den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes. Ziel dieses Entwurfs ist es, die Handlungsfähigkeit der sogenannten altrechtlichen Waldkörperschaften wiederherzustellen.

Es handelt sich dabei um rund 1.000 Körperschaften in Bayern, die etwa 26.000 Hektar Wald bewirtschaften, vor allem in Unterfranken im Bereich des Spessarts. Viele dieser Körperschaften sind faktisch gelähmt, weil ihre Mitglieder unbekannt sind, es keine klaren Satzungen gibt oder keine rechtssicheren Beschlüsse mehr gefasst werden können. Die aktuellen Rechtsgrundlagen stammen teilweise aus dem 18. und dem 19. Jahrhundert; das Bürgerliche Gesetzbuch findet auf sie keine Anwendung.

Was bedeutet das nun konkret? In Gemeinden wie Partenstein oder Heinrichsthal bestehen Waldinteressentenschaften, deren Mitgliederlisten seit Jahrzehnten nicht mehr aktualisiert wurden. In einem Fall sind zahlreiche Eigentümer verstorben oder verzogen, ohne dass Erben ermittelt werden konnten. Folge davon: keine rechtmäßige

Beschlussfassung über Holznutzung, keine Pflege der Wege, keine Beantragung von Fördermitteln. In Heimbuchenthal gibt es eine historische Waldgenossenschaft, die zwar noch formal besteht, aber seit Jahren keine gültige Satzung mehr hat, wodurch Unsicherheit entsteht, wer für Verkehrssicherung und Haftung verantwortlich ist.

Diese Ausgangslage ist unhaltbar. Sie verhindert nämlich nicht nur eine geregelte Bewirtschaftung und Pflege dieser Wälder, sondern schafft auch rechtliche Risiken für alle Beteiligten, vom potenziellen Erben über die Gemeinde bis hin zum Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb erkennen wir ausdrücklich die Zielrichtung des Gesetzentwurfs an: rechtliche Handlungsfähigkeit wieder herstellen und Klarheit schaffen. Der vorgesehene Weg, ein Aufgebotsverfahren, bei dem unauffindbare Mitglieder ausgeschlossen werden können, erleichterte Satzungsregelungen sowie gegebenenfalls die Auflösung der Körperschaft, ist vor dem Hintergrund dieser Beispiele aus dem Spessart nicht nur nachvollziehbar, sondern auch dringend erforderlich.

Werte Kolleginnen und Kollegen, aber gerade wenn wir hier tief in Eigentumsrechte eingreifen, müssen wir hohe Maßstäbe an Transparenz, Sorgfalt und sozialen Ausgleich anlegen. Daher möchten wir einige Punkte besonders hervorheben.

Erstens. Der Eigentumsschutz muss sozialverträglich gestaltet sein. Ausschlüsse dürfen nur dann erfolgen, wenn die Ermittlung der Mitglieder nachweislich aussichtslos ist. Wir fordern, die Nachforschungspflichten konkret zu regeln, zum Beispiel durch verpflichtende Einholung von Grundbuchauszügen oder Nachlassakten.

Zweitens. Die Regelung, dass das Vermögen einer aufgelösten Körperschaft automatisch an den Freistaat Bayern fällt, sehen wir kritisch. Wir brauchen hier eine klare Zweckbindung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Flächen sollen dauerhaft dem Gemeinwohl dienen, sei es durch naturnahe Waldbewirtschaftung, den Schutz von Biodiversität oder als Beitrag zum Klimaschutz.

Drittens. Transparenz ist entscheidend. Wir fordern eine öffentlich einsehbare Liste der aufgelösten Körperschaften und eine Darstellung der künftigen Nutzung dieser Flächen durch den Freistaat. Nur so schaffen wir Vertrauen und Nachvollziehbarkeit.

Insgesamt überwiegt aus unserer Sicht die Notwendigkeit, dieses Problem endlich zu lösen. Wir sehen die Zielrichtung des Gesetzentwurfs positiv. Die von mir genannten Punkte müssen aber in den Ausschussberatungen eingehend geprüft und nachgeschärft werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/7193

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:

Thorsten Schwab

Mitberichterstatter:

Harald Meußgeier

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 29. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf in seiner 35. Sitzung am 27. November 2025 endberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, dass in den Platzhalter von § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2026“ eingesetzt wird.

Petra Högl

Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/7193, 19/9068

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

§ 1

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 2005 (GVBl. S. 313, BayRS 7902-1-L), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift des vierten Teils und der Überschrift des Abschnitts I wird jeweils nach der Angabe „Organisation“ die Angabe „ , altrechtliche Waldkörperschaften“ angefügt.
2. Nach Art. 29 werden die folgenden Art. 30 und 31 eingefügt:

„Art. 30

Aufgebotsverfahren

(1) ¹Ein Mitglied einer altrechtlichen Waldkörperschaft kann im Aufgebotsverfahren gemäß den §§ 433 bis 441 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) aus der altrechtlichen Waldkörperschaft und von allen mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechten ausgeschlossen werden, wenn seine Identität oder sein Aufenthaltsort unbekannt und nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelbar ist. ²Eine altrechtliche Waldkörperschaft ist ein Verband,

1. dessen Mitglieder als solche zur Nutzung an forstwirtschaftlichen Grundstücken berechtigt sind,
2. der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bestand und
3. für den gemäß Art. 164 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche die zu diesem Zeitpunkt geltenden landesrechtlichen Vorschriften fortgelten.

(2) ¹Antragsberechtigt ist die altrechtliche Waldkörperschaft sowie jedes Mitglied. ²Antragsberechtigt ist auch die untere Forstbehörde, wenn kein Mitglied der altrechtlichen Waldkörperschaft bekannt ist oder die Durchführung des Aufgebotsverfahrens im öffentlichen Interesse zwingend erforderlich ist. ³Die zur Begründung des Antrags erforderlichen Tatsachen sind glaubhaft zu machen. ⁴Der Antrag ist bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk die altrechtliche Waldkörperschaft ihren Sitz hat, oder, sofern ein Sitz nicht ermittelbar ist, bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Grundstücke nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 überwiegend liegen.

(3) ¹Mit der Rechtskraft des Ausschlussbeschlusses verliert das Mitglied jegliche Berechtigung an der altrechtlichen Waldkörperschaft und sein Nutzungsrecht an den forstwirtschaftlichen Grundstücken wächst den übrigen Mitgliedern zu. ²Richtet sich der Ausschlussbeschluss gegen das letzte verbliebene Mitglied, gilt die altrechtliche Waldkörperschaft mit seiner Rechtskraft als aufgelöst. ³Die Nutzungsrechte an den forstwirtschaftlichen Grundstücken erlöschen, soweit nichts anderes bestimmt ist. ⁴Mit der Auflösung der altrechtlichen Waldkörperschaft fällt deren Vermögen an den Freistaat Bayern. ⁵§ 46 BGB ist entsprechend anzuwenden.

Art. 31

Errichtung einer Satzung durch eine altrechtliche Waldkörperschaft

(1) ¹Bestehen für eine altrechtliche Waldkörperschaft keine Regelungen über die Einberufung zur Mitgliederversammlung oder lässt sich der Inhalt solcher Regelungen trotz zumutbarer Anstrengungen nicht feststellen, so kann jedes Mitglied zu einer Mitgliederversammlung laden mit dem Zweck der Errichtung oder Änderung einer Satzung, die mindestens

1. die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliederversammlung zu berufen ist,
2. die Einberufung und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung und die Vertretung von Mitgliedern sowie
3. die Vertretung der altrechtlichen Waldkörperschaft

regeln soll. ²Für die Versammlung nach Satz 1 gilt § 32 Abs. 1, 2 Satz 1 und 3 sowie Abs. 3 BGB entsprechend. ³Jedes Mitglied ist durch unmittelbare Benachrichtigung in Textform und mit einer Ladungsfrist von acht Wochen zu laden, soweit seine Identität und Kontaktdaten mit zumutbarem Aufwand ermittelbar sind. ⁴Ergänzend ist durch eine im Staatsanzeiger mit gleicher Frist vor dem Versammlungstermin zu veröffentliche Anzeige zu laden. ⁵Mit der fristgerechten Veröffentlichung der Anzeige gilt die Ladung gegenüber den nicht ermittelbaren Mitgliedern als bewirkt. ⁶In den Ladungen nach den Sätzen 3 und 4 ist auf die Regelung in Abs. 2 Satz 3 hinzuweisen.

(2) ¹Soweit keine Regelungen über die Beschlussfassung bestehen oder sich der Inhalt solcher Regelungen trotz zumutbarer Anstrengungen nicht feststellen lässt, richtet sich die Beschlussfassung nach den Sätzen 2 bis 7. ²Die Mitgliederversammlung nach Abs. 1 ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der Mitglieder teilnimmt. ³Wird das Quorum nicht erreicht, findet nach frühestens vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung statt, die unabhängig von der Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist und zu der mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu laden ist. ⁴Eine zusätzliche Ladung nach Abs. 1 Satz 4 ist dabei nicht erforderlich, sofern in der Ladung nach Abs. 1 bereits auf den Termin der weiteren Mitgliederversammlung und auf den Verzicht auf eine erneute Ladung nach Abs. 1 Satz 4 hingewiesen wurde. ⁵Zu einem Beschluss, der eine Errichtung oder eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. ⁶Bei der Abstimmung zur Errichtung oder Änderung einer Satzung hat jedes Mitglied eine Stimme. ⁷Mitglieder können sich in der Mitgliederversammlung durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Ralf Stadler

Abg. Roland Weigert

Abg. Claudia Köhler

Abg. Ruth Müller

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes (Drs. 19/7193)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Thomas Schwab für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, der Name ist Thorsten Schwab.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung!

Thorsten Schwab (CSU): Gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Macht ja nichts.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes. Wir, der Bayerische Landtag, sind ja ein Arbeitsparlament, und ein solches kümmert sich um praktische Probleme.

Es gibt ein praktisches Problem mit Eigentumsrechten bei altrechtlichen Waldkörperschaften. An den Bayerischen Landtag ist eine Petition gerichtet worden, damit dieser das Problem löst. Auch die Verbände fordern eine Klärung. Deshalb hat die Staatsregierung dieses Thema aufgegriffen. Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat den vorliegenden Gesetzentwurf erarbeitet und ins Parlament eingebracht. Herzlichen Dank dafür an die Staatsregierung, insbesondere an das Landwirtschaftsministerium!

Worum geht es konkret? – Es gibt in Bayern rund 1.000 altrechtliche Waldkörperschaften mit insgesamt 26.000 Hektar Waldfläche. Das entspricht ungefähr 1 % der bayerischen Waldfläche. Bei einem kleinen Teil dieser 1.000 altrechtlichen Waldkörperschaften sind die Eigentumsverhältnisse nicht mehr eindeutig. Wenn für ein Waldgebiet die Eigentumslage unklar ist, tut man sich mit der Bewirtschaftung schwer. Man kann den Wald nicht klimafit umbauen und Kalamitätenholz, das vom Borkenkäfer befallen ist, aus dem Wald nicht herausholen, weil niemand zuständig ist bzw. weil nicht geklärt ist, wer Ansprechpartner ist.

Bis vor wenigen Jahren haben die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten diese Waldstücke noch mitbewirtschaftet. Das ist rechtlich nicht mehr möglich.

Das Problem ist da, weil die Regelungen für die altrechtlichen Waldkörperschaften aus der Zeit vor 1900, also vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, BGB, stammen. Die darin enthaltenen verbands- bzw. zivilrechtlichen Vorschriften sind auf die altrechtlichen Waldkörperschaften nicht anwendbar.

Der vorliegende Gesetzentwurf schließt diese Lücke, damit die Waldkörperschaften wieder handlungsfähig werden. Nur die Waldkörperschaften, die aktuell Schwierigkeiten haben, profitieren davon. Alle Waldkörperschaften, die ganz normal ihre Arbeit verrichten und bei denen die Eigentümer feststehen, haben dieses Problem ja überhaupt nicht. Wir greifen ein Problem auf, greifen aber nicht in Eigentumsrechte ein, sondern leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Verbände begrüßen den Gesetzentwurf. Er fand schon in der Ersten Lesung parteiübergreifend Zustimmung. Der Beschluss im Ausschuss am 15. Oktober 2025 erfolgte einstimmig. Danke für die Vorarbeit an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danke an das Hohe Haus für die guten Beratungen! Wir bitten um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ralf Stadler für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Altrechtliche Waldkörperschaften – das ist ein Begriff aus dem deutschen Forst- und Agrarrecht, der historische Formen der gemeinschaftlichen Waldnutzung beschreibt. Er bezieht sich auf traditionelle, oft jahrhundertealte Strukturen in Deutschland, vor allem in ländlichen Regionen, wo Wälder gemeinschaftlich bewirtschaftet werden. Ein Beispiel aus Bayern ist die Waldkörperschaft Saal an der Donau, die insgesamt 195 Hektar umfasst und in Hochwald und Schlagholz unterteilt ist. Ein anderes Beispiel ist der Steigerwald in Franken. Dort gibt es circa 100 bäuerliche Gemeinschaftswälder mit 2.600 Waldrechtlern. Das Holz wird per Los verteilt, basierend auf jahrhundertealten Regeln.

Im Gegensatz zu Wäldern im Eigentum öffentlicher Körperschaften wie Gemeinden, die staatlich oder kommunal sind, sind altrechtliche Waldkörperschaften privatgenossenschaftlich organisiert, aber eben mit speziellen historischen Rechten ausgestattet. Sie stehen rechtlich oft auf wackeligen Beinen, da sie durch moderne Gesetze nicht immer klar geregelt sind.

Auch wir von der AfD sind der Meinung, dass die bestehenden rechtlichen Unsicherheiten in Bezug auf Mitgliedschaften und Beschlussfassungen verbessert werden müssen, um den Waldkörperschaften eine verlässliche Zukunft zu sichern. Die notwendigen Anpassungen müssen sowohl die Tradition als auch die heutigen Anforderungen der Gesellschaft berücksichtigen.

Das zentrale Anliegen des Gesetzentwurfs der Staatsregierung ist das Aufgebotsverfahren. Falls das Verfahren auf Antrag der unteren Forstbehörde durchgeführt wird und keine Mitglieder ermittelbar sind, gilt die altrechtliche Waldkörperschaft als aufgelöst, und der Freistaat Bayern erhält ein Aneignungsrecht an den Waldflächen. Das amtsgerichtliche Aufgebotsverfahren ist eine amtliche Aufforderung, die öffentlich bekannt gemacht wird, damit Betroffene reagieren können. Nach Ablauf einer Frist erlässt das Gericht einen Ausschlussbeschluss. Als Frist sind gesetzlich mindestens sechs Wochen bis maximal ein Jahr vorgesehen. In der Zeit können die Betroffenen ihre Rechte anmelden. Doch da stellt sich mir die Frage: Wie weiß jemand überhaupt, ob er davon betroffen ist? Der Ausschlussbeschluss schafft zwar endgültig Rechtssicherheit, jedoch können ausgeschlossene Rechte dann auch nicht mehr geltend gemacht werden. Bei Versäumnis dieser relativ kurzen Frist könnte die Enteignung einzelner Waldbesitzer sozusagen aus Versehen passieren. Insbesondere die Möglichkeit, dass der Freistaat Bayern ein Aneignungsrecht an Waldflächen erhält, wenn keine Mitglieder ermittelbar sind, erfordert größte Sorgfalt im Umgang mit dem Eigentumsrecht. Da macht es sich der Freistaat ganz schön leicht.

Wir schlagen daher eine Verlängerung der Wartefrist auf fünf Jahre vor, damit Rechte der Mitglieder gewahrt bleiben, auch wenn sie verspätet Kenntnis vom Aufgebotsverfahren erlangen. In dieser Übergangsfrist könnten die Grundstücke von den Bayerischen Staatsforsten treuhänderisch verwaltet und bewirtschaftet werden. Außerdem wollen wir von der AfD auf gar keinen Fall, dass diese Wälder während der treuhänderischen Verwaltung baulichen Maßnahmen unterliegen, wie zum Beispiel Windkraftanlagen und Ähnliches.

Dann hätten wir noch einen Vorschlag zur Güte: Damit dem Freistaat gar nicht erst unterstellt werden kann, sich an den Waldflächen zu bereichern – denn was der Staat einmal hat, das gibt er bekanntlich nicht mehr her –, wäre es schon aus diesem Grund sinnvoll, nach Ablauf der Frist eine Art Andienungspflicht für die Flächen zu verankern. Das ist eine gesetzlich geregelte Verpflichtung des Verkäufers – in dem Fall ist das der

Staat –, den Anliegern das jeweilige Waldgrundstück vorrangig anzubieten, bevor es sich der Freistaat endgültig aneignet. Dieses Vorgehen hätte noch dazu den Vorteil, dass die Anrainer die Waldflächen effektiver bewirtschaften können als der Staat selbst.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen, nämlich der Verlängerung der Übergangsfristen und der Andienungspflicht gegenüber den Anrainern, könnten wir der Gesetzesänderung leichterem Herzens zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): Herr Kollege Stadler, es ist tatsächlich eine Bemerkung: In der Ersten Lesung gab es keine große Diskussion. Auch im Ausschuss gab es keine Änderungswünsche der AfD in dieser Form. Dass dann in der Zweiten Lesung, wenn das Ganze im Plenum wieder öffentlich gestreamt wird, solche Äußerungen kommen, finde ich schon sehr verwunderlich. Lösungsvorschläge haben Sie keine. Wir suchen parteiübergreifend eine praktische Lösung, aber dass dann erst so spät, in der Zweiten Lesung, überhaupt eine Idee kommt, finde ich schon echt schwierig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Ralf Stadler (AfD): Herr Schwab, Sie wissen ja, dass ich im Landwirtschaftsausschuss bin und nicht im Umweltausschuss. Ich bin auch im Beirat der Bayerischen Staatsforsten und habe mir das noch mal genau angeschaut. Dann habe ich mir Gedanken gemacht. Man sollte eigentlich für jeden Vorschlag dankbar sein, oder?

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Seltsames Vorgehen, diese Praxis!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Gut, danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Roland Weigert für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Hohes Haus! Ich denke, der Kollege Schwab hat das hervorragend umrissen. Kurzum: Es geht darum, einen Teil der altrechtlichen Körperschaften dahin gehend zu befähigen, dass im Hinblick auf die Frage ihrer Eigentums- und Nutzungsrechte diese wieder ausgeübt werden können, und das nicht nur im privaten Interesse, sondern auch im öffentlichen Interesse.

Nach dem, was ich über die vorangegangenen Beratungen gelesen habe, insbesondere in den Ausschussprotokollen, bedarf es aus meiner Sicht keiner weiteren politischen Bewertung des Sachverhalts. Der ist relativ klar. Das ist objektiv, das ist sachlich; außer, meine Damen und Herren, wenn man nicht zum Eigentumsrecht steht. Dann kann man darüber noch mal reden. Außer, wenn es darum geht, politischen Konstruktivismus zu betreiben. Das haben wir gerade ein bisschen erlebt. Ich will aber auf diesen Konstruktivismus nicht eingehen.

Ich habe in den Ausschussprotokollen gelesen, dass allenthalben Zustimmung besteht. Ich danke deshalb der Staatsministerin für die kompakte Aufbereitung des Sachverhaltes, ich danke allen Fraktionen, dass wir das bisher sehr konstruktiv in der Zielrichtung beraten haben und deshalb in der Lage sind, gemeinsam entsprechend dieser Vorlage dieses Problem zu lösen. Das ist das, was die Menschen draußen von uns erwarten, dass wir bestehende Probleme kurz, knapp und präzise erörtern und schnell Lösungen dafür finden. Dafür stehen wir heute. Ich empfehle Ihnen deshalb, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. – Ich bedanke mich bei Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf schließen wir eine Lücke im Waldgesetz, die tatsächlich seit mehr als 125 Jahren besteht. Dass wir heute einen Schritt gehen, der lange überfällig ist, ist richtig und wichtig. Viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, Verbände und Fachleute haben bereits vor vielen Jahren darauf hingewiesen. Umso besser ist es, dass wir nun gemeinsam handeln.

Wir GRÜNE werden diesem Gesetzentwurf zustimmen; denn er stärkt das Eigentumsrecht und ermöglicht den waldbrechtlichen Körperschaften erstmals, Förderungen zu beantragen; etwa für den dringend notwendigen Waldumbau hin zu einem klimafitten Mischwald. Diese Unterstützung ist zentral, weil die Herausforderungen enorm sind: Dürre, trockene Böden, Hitze, Borkenkäferbefall, Sturmschäden – all das setzt unseren Wäldern massiv zu, ökologisch und ökonomisch.

Wenn wir das Eigentumsrecht stärken, dann stärken wir auch die Verantwortung, die damit einhergeht. Klarere Eigentumsverhältnisse bedeuten ebenso klare Zuständigkeiten beim Jagdrecht. Das ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit vor Ort, damit Wald und Wild im Einklang mit dem Bayerischen Waldgesetz und dem Bayerischen Jagdgesetz bewirtschaftet werden können. Die Eigentümerinnen und Eigentümer wollen und werden alles daransetzen, ihren Wald für die kommenden Generationen zu erhalten.

Dieser Gesetzentwurf ist deswegen ein guter und notwendiger Schritt zu einem zukunftsfähigen Waldumbau. Aber: Er betrifft nur rund 1.000 Körperschaften, einen kleinen Teil unseres bayerischen Waldes. Wir stehen jedoch insgesamt vor einem großen Epochenumbruch. Die Klimakrise zwingt uns, Waldbewirtschaftung neu zu denken und konsequent zu handeln. Unsere Försterinnen und Förster, die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sowie die Umwelt- und Klimaforschung sagen uns das seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, sehr klar. Umso wichtiger ist es, dass wir Wald- und Jagdpolitik kohärent, verlässlich und miteinander gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Waldbau, Klimaschutz, Jagd und Eigentumsfragen – all das gehört zusammen und braucht abgestimmte Strukturen. Es darf nicht vom Ressortzuschnitt oder von politischen Zuständigkeiten abhängen, wie gut die Zukunft unseres Waldes vorbereitet wird. Der Wald ist zu wichtig für taktische Debatten. Wir brauchen Zusammenarbeit, verlässliche Rahmenbedingungen und eine klare Unterstützung für die Menschen, die täglich Verantwortung im Wald tragen. Es gilt weiterhin der Grundsatz "Wald vor Wild", damit sich die Wälder natürlich verjüngen und langfristig stabilisieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unterstützen den Gesetzentwurf, verstehen ihn aber als ersten Schritt. Weitere Maßnahmen müssen folgen, damit Bayerns Wälder auch in Zukunft widerstandsfähig und nachhaltig bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, wir kommen zur – –

(Widerspruch)

– Entschuldigung! – Ruth Müller. – Entschuldigung, ich wollte es etwas flotter machen. Entschuldigung!

(Heiterkeit und Zurufe)

Ruth Müller (SPD): Ja, ja, manchmal sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Passend zum Thema!

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es geht heute um eine Gesetzesänderung, die auf den ersten Blick vielleicht ein bisschen technisch klingt, nämlich um die Änderung des Bayerischen Waldgesetzes und die altrechtlichen Waldkörperschaften. Aber man merkt dann doch sehr schnell: Es geht um Menschen, es geht um Verantwortung, es geht um unsere bayerischen Wälder und darum, dass wir Strukturen wieder handlungsfähig machen müssen, die sich seit Jahrzehnten in einem Schwebezustand befinden.

Es gibt rund 1.000 dieser alten Waldkörperschaften, viele davon sind im Spessart; aber auch bei uns in Niederbayern gibt es sie. Sie bewirtschaften zusammen rund 26.000 Hektar Wald. Viele dieser Körperschaften funktionieren seit Jahren nicht mehr richtig, weil niemand mehr genau weiß, wem sie eigentlich gehören. Die Mitgliederlisten sind veraltet, die Eigentümer verzogen oder nicht auffindbar, und Erben lassen sich nicht ermitteln. Wenn niemand weiß, wer zuständig ist, dann passiert auch nichts – keine Waldpflege, keine Wegeinstandsetzung, keine Förderanträge. Im schlimmsten Fall weiß niemand, wer haftet, wenn etwas passiert.

Ich kenne das Problem: Wenn man mit Betroffenen spricht, dann spürt man ganz deutlich, die Kommunen sind oft diejenigen, die am Ende den Kopf hinhalten müssen, obwohl sie gar nicht die Eigentümer sind. Gleichzeitig wissen viele betroffene Menschen gar nicht, dass sie vielleicht Rechte und Pflichten hätten. Das ist weder gerecht noch verantwortungsvoll. Deshalb ist es richtig, dass die Staatsregierung das Thema anpackt, und wir als SPD-Fraktion unterstützen das ausdrücklich.

Es muss klar werden, wer Eigentümer ist. Es muss klar sein, dass eine Körperschaft wieder arbeitsfähig gemacht wird oder sie eben im Zweifelsfall auch aufgelöst werden kann. Unser Wald hat keine Zeit, auf das Funktionieren alter Strukturen zu warten. Gerade in Zeiten des Klimawandels brauchen wir jede Fläche zur CO₂-Speicherung,

zur Biodiversität oder für die regionale Holzversorgung. Jeder Hektar speichert im Schnitt rund 725 Tonnen CO₂. Das ist ein Schatz, den wir schützen müssen.

Wichtig ist mir aber auch: Ein Eingriff in Eigentumsrechte muss mit Respekt erfolgen. Dafür bedarf es klarer Vorgaben. Es muss verpflichtend in den Grundbüchern und Nachlassakten recherchiert werden, und es muss dokumentiert werden, dass wirklich alles versucht wurde, bevor jemand ausgeschlossen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch die Frage, was mit dem Vermögen einer aufgelösten Körperschaft passiert, müssen wir sauber regeln. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Staat sich einfach etwas einverleibt. Wir von der SPD wollen auch eine klare Zweckbindung. Wenn solche Flächen auf den Freistaat übergehen, dann sollen sie für naturnahe Bewirtschaftung, für Klimaschutz oder für den Schutz der Artenvielfalt dauerhaft dem Gemeinwohl dienen.

Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Körperschaften aufgelöst worden sind, welche Flächen betroffen sind und was der Freistaat mit diesen Flächen vorhat. Eine öffentlich einsehbare Liste wäre hier ein gutes Instrument. Es geht darum, nachvollziehbar zu machen, was passiert, wodurch man auch Gerüchten, Verdächtigungen oder Verschwörungstheorien vorbeugen kann.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, am Schluss geht es einfach um etwas ganz Grundsätzliches: Es geht um unseren Wald, um unser gemeinsames Gut, das unsere Heimat prägt und unser Klima schützt. Der Wald braucht uns, und zwar handlungsfähig, klar und verlässlich. Deshalb stimmen wir dem Gesetzentwurf zu. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Jetzt liegt definitiv keine Wortmeldung mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der

Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/7193 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus auf der Drucksache 19/9068. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt einstimmig Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls einstimmig Zustimmung mit der Maßgabe, dass in den Platzhalter von § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. Januar 2026" eingesetzt wird. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 19/9068.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Gegenstimmen gibt es nicht. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Gegenstimmen gibt es nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes".